Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 246 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Mittwoch, 19. Oktober 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Klepper-Untersuchungsausschuß

Die öffentliche Sitzung des **Klepper-Untersuchungsausschusses des Preußischen Landtages** hatte ein zahlreiches Publikum angelockt. **Die Staatsanwaltschaft** hatte in der Person des **Staatsanwaltschaftsrates Dr. Kreismann** einen Vertreter entsandt. Dagegen war die kommissarische Regierung nicht vertreten. Die Zeugenvernehmungen sollen sich zunächst auf den

Fall „Kölnische Volkszeitung"

erstrecken. Insgesamt sind 16 Zeugen geladen. Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sollen zunächst Ministerpräsident Braun und dann die Minister Hirtsiefer und Klepper vernommen werden. Minister a. D. Höpker-Aschoff und der Aachener Bischof Vogt haben sich schriftlich entschuldigt.

Eine lange Geschäftsordnungsdebatte

Zu Beginn der Sitzung beantragte der Berichterstatter **Abg. Steuer** (Dn.), sämtliche Zeugen vor ihrer Aussage zu vereidigen. **Abg. Metzinger** (Ztr.) wies darauf hin, daß ein solches Verfahren noch nie in den Untersuchungsausschüssen üblich gewesen sei, worauf **der Vorsitzende** erwidert, daß dieses Verfahren auch wiederholt zu Unzuträglichkeiten geführt habe. **Abg. Szillat** (Soz.) fragte, ob die Akten erst dem Reichskommissar zugeleitet worden sind. Der Vorsitzende **Abg. Zubke** (Dn.) erwiderte, er habe den Dienstweg über den Reichskommissar gewählt, weil er die Akten auch über den Reichskommissar vom Finanzministerium angefordert habe. Bei Sozialdemokraten und Zentrum erhob sich gegen dieses Vorgehen lauter Widerspruch. **Auch der Vertreter der Nationalsozialisten** erklärte, er hätte zwar den Dienstweg über den Justizminister, aber nicht über den Reichskommissar, der mit dem Ausschuß nichts zu tun habe, für richtig gehalten. Hier liege eine Ueberschreitung der Befugnis des Vorsitzenden vor. Der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte weiter, daß er eine Vorvereidigung für bedenklich halte, zum mindesten gegenüber den Personen, die als Beschuldigte erschienen. Vom **Zentrum** wurde den Deutschnationalen vorgeworfen, daß für sie nur die Reichstagswahl im Ausschuß eine Rolle spiele. In das Verhalten des Vorsitzenden müsse das Zentrum schärfstes Mißtrauen setzen. Der sozialdemokratische **Abg. Dr. Hamburger** erklärte, daß sogar mit Sonntagsdienst gearbeitet worden sei, um die Akten weiterzuleiten. Nur die Ausschußmitglieder, die doch in erster Linie zuständig seien, hätten sie nicht einsehen können. Im übrigen sei seine Partei der festen Ueberzeugung, daß strafbare Handlungen nicht vorliegen. **Der Berichterstatter** zog darauf seinen Antrag auf Vorvereidigung zurück und kündigte an, er werde von Fall zu Fall beantragen, daß der Ausschuß auf die Vereidigung verzichte, weil sich der Zeuge in der Rolle des Beschuldigten befinde.

Ein kommunistischer Antrag, den Vorsitzenden, der sich seiner Aufgabe als nicht gewachsen gezeigt habe, durch ein anderes Ausschußmitglied zu ersetzen, wurde von dem Vorsitzenden unter Hinweis darauf nicht zur Abstimmung gebracht, daß nach dem Beschluß des Aeltestenrates der Vorsitzende von der deutschnationalen Fraktion zu stellen sei und diese ihn damit beauftragt habe.

Am Schluß der mehr als einstündigen Geschäftsordnungsaussprache beschloß dann die Ausschußmehrheit, zunächst

Dr. Klepper als Zeugen

zu vernehmen.

Die Vernehmung begann mit dem üblichen Hinweis auf das Aussageverweigerungsrecht des Zeugen für den Fall, daß er sich einer strafrechtlichen Verfolgung aussetze.

Klepper erwiderte darauf, daß er von dieser Befugnis keine Gebrauch machen werde. Aber der Berichterstatter habe, bevor er sich zu den Vorwürfen äußern konnte, bereits ein Urteil über seine, Kleppers, Tätigkeit abgegeben, das er als eine ganz gröbliche Beleidigung erklären müsse. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und beim Zentrum.) Er müsse deshalb seine Erklärung über die Bereitschaft zur Aussage dahin einschränken, daß er

Fragen des Berichterstatters nicht beantworten

werde.

Der Vorsitzende Zubke erklärte dazu, er behalte sich für den Fall der Aussageverweigerung vor, die Folgerungen daraus zu ziehen. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Ordnungsstrafe.)

Abg. Steuer (Dn.) erklärte, daß er die in seiner Eigenschaft als Abgeordneter gefällten Werturteile voll und ganz aufrecht erhalte.

Der Zentrumsabgeordnete Metzinger erinnerte daran, daß vor einem anderen Untersuchungsausschuß sich auch unlängst ein Zeuge durch einen Berichterstatter beleidigt fühlte. Dieser Berichterstatter sei so anständig gewesen, durch eine Erklärung den Streit aus der Welt zu schaffen. Der Vorsitzende stellte fest, daß er gegen Beleidigung von Zeugen einschreiten werde, worauf die Vertreter der Sozialdemokraten und des Zentrums darauf aufmerksam machten, daß der Berichterstatter dadurch, daß er soeben erklärt habe, er halte seine Ausführungen über Klepper in vollem Umfange aufrecht, erneut den Zeugen beleidigt habe. Es wurde beantragt, in geheimer Sitzung diese Geschäftsordnungsdebatte fortzusetzen.

Dieser Antrag des Zentrums wurde gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten abgelehnt. Dagegen wurde ein anderer Zentrumsantrag gegen die Deutschnationalen angenommen, daß

der Berichterstatter Fragen an den Zeugen nur durch den Vorsitzenden stellen darf.

Dann konnte die Vernehmung beginnen. **Dr. Klepper** führte aus, über

das Geschäft der Preußenkasse mit der Kölnischen Volkszeitung

habe zunächst eine Besprechung zwischen ihm und Minister Hirtsiefer stattgefunden. Es sei davon gesprochen worden, daß der Görresverlag in Köln eine Kapitalserweiterung notwendig habe, daß es aber schwierig sei, die Mittel zu beschaffen, und daß die Gefahr einer Beteiligung ausländischen Kapitals bestehe. Auf die Frage Hirtsiefers nach einer Beteiligung der Preußenkasse habe er geantwortet, er halte es bei der politischen Bedeutung der Angelegenheit für richtig, diese Frage nur im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister zu entscheiden. Mit diesen Herren hätten dann Besprechungen stattgefunden, und das Ergebnis sei die Durchführung der Transaktion gewesen. Auf den Hinweis des Vorsitzenden auf die Vorschriften über den Geschäftsbereich der Preußenkasse erwiderte Klepper, es sei ständige Praxis gewesen, daß solche Geschäfte, die nur mittelbar oder überhaupt nicht mit dem Zweck des Institutes zusammenhängen, aber im Interesse des Staates durchgeführt werden sollen, dann durchgeführt werden können, wenn es mit Zustimmung der Staatsregierung geschieht. Auf weitere Fragen erklärt Klepper, daß von Zahlungsschwierigkeiten der Kölnischen Volkszeitung keine Rede war.

Der Ankauf von Germaniaaktien

im Werte von etwa 100 000 Mark aus dem Besitz der Kölnischen Volkszeitung sei aus denselben Gründen erfolgt, die zur Beteiligung an der Kölnischen Volkszeitung geführt hätten.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung des Ministers Dr. Klepper warf **der Vorsitzende** die Frage auf, ob die Mittel, die man hier für die Kölnische Volkszeitung aufgewendet habe, nicht besser für die Genossenschaften verwertet worden wären.

Dr. Klepper erwiderte, daß sei eine Frage, die mit dem Gegenstand der Vernehmung nichts zu tun habe. Offenbar sei der Ausschuß in einer politischen Aussprache und nicht bei einer Zeugenvernehmung.

Der Vorsitzende erklärte darauf scharf, er müsse den Zeugen bitten, den nötigen Ernst bei der Sache zu bewahren.

Dr. Klepper erklärte dann im einzelnen, die Preußenkasse sei immer in der Lage gewesen, die notwendigen Kredite zur Verfügung zu stellen. Wenn sie Zurückhaltung gegenüber den Genossenschaften geübt habe, dann sei das niemals aus Geldmangel geschehen, sondern immer nur aus allgemein kreditpolitischen Gründen, und diese Politik habe sich gerechtfertigt. Es könne keine Rede davon sein, daß durch die Kreditpolitik der Preußenkasse die Landwirtschaft in Schwierigkeiten gekommen wäre.

Einige Fragen des deutschnationalen Berichterstatters **Steuer,** die der Vorsitzende auf Verlangen des Berichterstatters an den Zeugen richtete, zielten darauf ab, festzustellen, wie der Staat Einfluß auf die Kölnische Volkszeitung ausüben wollte, die er mit seinen Mitteln unterstützt habe.

Klepper erwiderte, es sei Zweck dieser Aktion gewesen, die Zeitung aufrechtzuerhalten. Infolgedessen habe der Staat keinerlei Sicherheiten für die politische Richtung gebraucht.

Auf die Frage des **Abg. Muhs** (Nat.-Soz.), wer für das Geschäft mit der Kölnischen Volkszeitung verantwortlich sei, der Präsident der Preußenkasse Dr. Klepper oder der Finanzminister, erwiderte Zeuge Klepper: Beide.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung sagte **Dr. Klepper,** daß man mit einem Verlust aus dem Geschäft mit der Kölnischen Volkszeitung nur rechnen mußte, wenn keine Dividende gezahlt wurde. Später sei allerdings keine Dividende gezahlt worden, und daß dieses Risiko übernommen wurde, sei ihm klar gewesen.

Abg. Dr. Muhs (Nat.-Soz.): Das bitte ich festzuhalten, Herr Staatsanwalt (Lachen links). Dann kam Abg. Dr. Muhs nochmals auf

das Aktienpaket der „Germania"

zu sprechen.

Klepper erklärt: Alle Aktien der „Germania", deren man habhaft werden konnte, wurden damals aufgekauft, um zu

verhindern, daß ein bestimmter Großaktionär die absolute Majorität erwerben konnte.

(Wer war denn das?).

Der Herr Reichskanzler.

(Bewegung.)

Abg. Dr. Muhs: War dem Hauptaktionär diese Tatsache bekannt?

Klepper: Das weiß ich nicht.

Dr. Muhs: Dann muß er vernommen werden. (Heiterkeit.)

Auf Fragen des **Abg. Teschner** (Ztr.) bestätigt **Klepper,** daß ihm Gerüchte bekannt seien, wonach auch sonst Gelder des Staates oder des Reiches zugunsten von Zeitungen, wie der Deutschen Allgemeinen oder der Deutschen Tageszeitung, verwandt worden seien. Er bestätigt dem Abgeordneten **Szillat** (Soz.), daß der Satz des Statuts der Preußenkasse noch jetzt gültig sei, der die Preußenkasse befugt, sich auch „an allen anderen Geschäften" zu beteiligen. Es sei noch heute reine Ermessenssache, ob die Preußenkasse ein Geschäft machen dürfe oder nicht.

Abg. Rau (Komm.) erörtert Gerüchte, wonach Gelder der Preußenkasse für die Reichspräsidentenwahl verwendet worden seien.

Klepper: Darüber kann ich nicht Auskunft geben. (Aha-Rufe bei den Kommunisten und bei den Nationalsozialisten.)

Abg. Rau (Komm.): Halten Sie für zulässig, daß Zeitungen irgendeiner Parteirichtung mit Staatsmitteln finanziert werden?

Klepper: Eine generelle Aeußerung zu dieser Frage habe ich weder getan noch beabsichtige ich sie.

Im weiteren Verlauf der Vernehmung Kleppers meinte **der Vorsitzende,** daß das finanzielle Vertrauen zur Preußenkasse in der Tat nicht erschüttert sei, da es sich bei dem Geschäft mit der Görres-Gesellschaft nur um einen ganz verschwindenden Bruchteil des Kapitals handele.

Abg. Rau (Komm.) kam nochmals auf seine Frage zurück, über die der Minister eine Auskunft ablehnte, nämlich ob im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl einem Ausschuß Mittel von der Preußenkasse gegeben seien.

Klepper betont, in vollem Bewußtsein seiner Aussagepflicht eine Aussage hierüber ablehnen zu wollen. Ich lehne, so erklärt Klepper, die Aussage ab und stelle anheim, daß der Ausschuß die Maßnahmen ergreift, die er für angezeigt hält. Im übrigen brauche er die Aussageerlaubnis des alten Staatsministeriums.

Abg. Szillat (Soz.) beanstandet die Frage des Abg. Rau als nicht zulässig.

Es entwickelt sich über diese Frage und ihre Beanstandung eine längere, sehr erregte Geschäftsordnungsdebatte, bis schließlich eine Ausschußmehrheit, bestehend aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten, beschließt, die Frage für zulässig zu erklären.

In nichtöffentlicher Sitzung soll erörtert werden, von welcher Seite die Aussagegenehmigung einzuholen sei, vom Staatsministerium oder vom Reichskommissar.

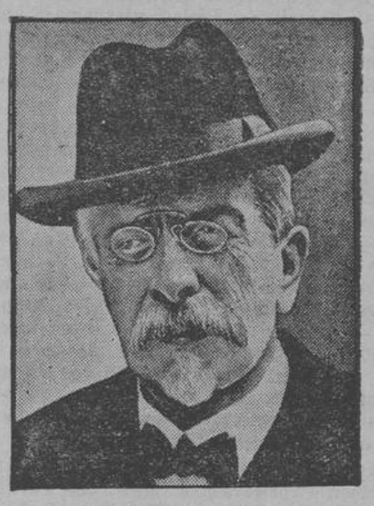
In der fortgesetzten Befragung bestätigt **Klepper,** daß unter seinem Vorgänger Gelder der Preußenkasse zu verschiedenen Finanzierungszwecken gegeben seien, wie auch im Raiffeisenuntersuchungsausschuß festgestellt wäre. Es handele sich dabei um etwa 100 Millionen. Wegen der seinerzeit erfolgten Finanzierung des Scherlverlages seien Vorwürfe gegen die Preußenkasse nicht erhoben worden.

Abg. Muhs (Nat.-Soz.): Ist Ihnen bekannt, daß Gelder zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung an einen Ausschuß gegeben worden sind?

Klepper: Die Beantwortung dieser Frage muß ich ablehnen. (Zurufe bei den Nat.-Soz.: „Das genügt!")

Abg. Steuer (Dn.) meinte, daß dem Scherlverlag außer einigen moralischen Vorteilen keinerlei finanzieller Nutzen zugeflossen sei.

Rücktritt des belgischen Kabinetts



Jules Renkin
Belgiens Ministerpräsident

Das gesamte belgische Kabinett ist im Anschluß an einen Ministerrat zurückgetreten, da sich der Ministerpräsident weigerte die Auflösung von Kammer und Senat durchzuführen.

Man rechnet mit einem Geschäftsministerium, das als einzige Aufgabe hat, Kammer und Senat sofort aufzulösen. Der König soll sich in diesem Sinne ausgesprochen haben.

Reichskanzler von Papen soll vernommen werden

Im Untersuchungsausschuß wurde einstimmig der nationalsozialistische Antrag angenommen, an einem noch zu bestimmenden Termin den Reichskanzler von Papen und andere hohe Funktionäre des Reiches als Zeugen über die Beteiligung der Preußenkasse an der Germania und die grundsätzliche Frage einer Beteiligung der öffentlichen Hand an Zeitungsunternehmungen zu vernehmen. Wahrscheinlich wird die Vernehmung von Papens am Donnerstag dieser Woche erfolgen.

Aufruf des preußischen Staatsministeriums für die Hindenburgspende

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht einen Aufruf des preußischen Staatsministeriums zur Sammlung für die Hindenburgspende.

Aus Anlaß des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten, so heißt es darin, hat sich die Hindenburgspende erneut an das deutsche Volk mit der Bitte gewandt, durch Spenden dem Herrn Reichspräsidenten die Möglichkeit zu verschaffen, auch fernerhin den notleidenden Kriegsopfern persönlich zu helfen.

Die preußische Staatsregierung unterstützt die Bitte des Kuratoriums der Hindenburgspende nachdrücklichst. Möge jeder es als seine Ehrenpflicht und den besten Ausdruck seiner Dankbarkeit gegenüber dem Reichsoberhaupt betrachten, zu dem Hilfswerk nach besten Kräften beizusteuern.

Der Ruf nach Abrüstung in England

Macdonald wurde in London eine von dreihundert bedeutenden Mitgliedern aller Kreise unterzeichnete Denkschrift unterbreitet, die die Herabsetzung der Rüstungen auf das Deutschland auferlegte Niveau, oder zum mindesten die grundsätzliche Annahme der Hoover-Vorschläge verlangt.

Regierung und Gewerkschaften

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund veranstalteten in Berlin eine öffentliche Kundgebung, in der das Thema „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften" zur Debatte stand.

Abg. Leipart erklärte einleitend, die vordringlichste Aufgabe sei zurzeit eine wirkungsvolle Verminderung der Arbeitslosigkeit. Von der Art und Weise, wie die Reichsregierung diese Arbeit durchführe, werde die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Regierung abhängen.

Das Hauptreferat hielt **Reichstagsabgeordneter Tarnow.** Die Gewerkschaften, so betonte der Redner, würden sich keiner Maßnahme in den Weg stellen, von der sie hoffen könnten, daß sie den Arbeitslosen helfe. Aber leidenschaftlich müßten sie gegen den Teil des Planes protestieren, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreife. Den guten Glauben, den Arbeitslosen zu helfen, billige man der Regierung zu, aber die Tatsache, daß die Grundlagen des Planes in der geschenkweisen und bedingungslosen Verteilung von 1½ Milliarden Reichsmark Steuerscheinen an die Unternehmer bestehe, sei nicht zu bestreiten. Viele Unternehmer schämten sich, von dem Recht der Lohnsenkung Gebrauch zu machen, weil sie selbst es für ein Unrecht an der Arbeiterschaft empfänden. Die Notverordnung, so erklärte der Abgeordnete weiter, übe einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Die Gewerkschaften hätten seit Jahren die gesetzliche 40-Stundenwoche gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsopfer auf sich zu nehmen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16% Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12% Lohnsenkung hinzufüge, dann allerdings gehe das weit über das erträgliche Maß hinaus. Die Regierung habe es noch in der Hand, ihre Wirtschaftspläne von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und die Gewerkschaften forderten sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Ueber den Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechtes und des Tarifrechtes sprach dann der Leiter der Arbeitsrechtsabteilung, Nörpel. Mit ihren Maßnahmen, so sagte der Redner, habe die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerläßliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Der Redner setzte sich dann mit der Stellung der Deutschnationalen zu den Gewerkschaften auseinander, wobei er betonte, was die Deutschnationale Volkspartei fordere, seien faschistische Gewerkschaften.

Zum Schluß der Kundgebung wurde eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober gefordert wird. Darüber hinaus wird weiter gefordert die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer neuen Organisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Osthilfe und Genossenschaftssanierung

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat gemeinsam mit anderen wirtschaftlichen Hauptverbänden eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der auf die schwierige Lage der gewerblichen Gläubiger der im Sicherungs- und Entschuldungsverfahren der Osthilfe stehenden Landwirte hingewiesen wird. Die gewerbliche Wirtschaft, so wird gesagt, sei von der Notwendigkeit durchdrungen, die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft wiederherzustellen; daher liege ihr auch eine grundsätzliche Ablehnung der zu diesem Zwecke eingeleiteten Maßnahmen fern, soweit sie sich im Rahmen der angestrebten Ziele hielten. Zweck der Osthilfemaßnahmen sei die Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes. Nur dieser Grund vermöge die mit den Grundsätzen der Rechtssicherheit kaum zu vereinbarenden Maßnahmen der Sicherungsverordnung zu rechtfertigen. Die Lasten einer solchen Aufgabe könnten aber nur von der Gesamtheit des Volkes getragen werden. Daher wendet sich die Eingabe dagegen, daß die Lasten der Osthilfe fast ausschließlich derjenigen Bevölkerungsgruppe auferlegt werden, die zur Zeit der Eröffnung der Sicherungsverfahren Gläubiger der von denOsthilfemaßnahmen geschützten Landwirte war. Eine Bevorzugung widerspreche vor allem dem Erfordernis der Gleichberechtigung im Wettbewerb zwischen Genossenschaften und den in andere Rechtsform gekleideten Wirtschaftsbetrieben. Die Eingabe bittet um eine entsprechende Ergänzung des in Vorbereitung befindlichen Gesetzgebungswerkes.

Gefängnis- und Geldstrafen wegen Zollhinterziehung

Das Erweiterte Schöffengericht des Hamburger Amtsgerichts fällte nach dreiwöchiger Verhandlung das Urteil gegen die wegen Zollhinterziehung, Beamtenbestechung usw. angeklagten drei Inhaber der Importfirma für dänische Fleischwaren Petersen & Co. Heinrich Petersen und Ole Abrahamson erhielten je fünf Monate Gefängnis, Gustav Rasmus 15 Monate Gefängnis, dazu jeder 93 300 RM Geldstrafe und sechs Wochen Haft wegen Vergehens gegen das Fleischbeschaugesetz. Die Helfer kamen zumeist mit kleineren Geldstrafen davon, von den mitangeklagten Zollbeamten wurden zwei freigesprochen, drei erhielten Gefängnisstrafen bis zu fünf Monaten. Die Ermittlungen in der Affäre hatten ergeben, daß sich die Unregelmäßigkeiten in der Hauptsache in Hannover ereignet haben, wo Rasmus die Hamburger Firma vertrat.

Sozialpolitische Kämpfe

Eine ganze Belegschaft fristlos entlassen

Wegen Lohndifferenzen haben die Riri-Werke (Reißverschluß) in Barmen die 250 Personen starke Belegschaft ausgesperrt. Am Montag waren etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen der Kürzung der Akkordzuschläge in den Streik getreten. Mit diesen Streikenden erklärte sich der übrige Teil der Belegschaft solidarisch und trat ebenfalls in den Ausstand. Daraufhin hat die Firma die gesamte Belegschaft fristlos entlassen. Sie will versuchen, durch Neueinstellungen den Betrieb fortzuführen.

Der Streik in der Weserschiffahrt als „wild" erklärt. — Keine Beteiligung der Gewerkschaften

Der Deutsche Verkehrsbund, die Spitzenorganisation der Arbeitnehmer in der deutschen Binnenschiffahrt teilt, wie eine Korrespondenz aus Duisburg berichtet, mit, daß es sich bei dem Streik in der Weserschiffahrt um eine von den tarifbeteiligten Organisationen nicht gebilligte wilde Aktion des kommunistischen Einheitsverbandes der Hafenarbeiter, Binnenschiffer und Seeleute (RGO.) handelt. Wo es zu Arbeitsniederlegungen organisierter Arbeitnehmer gekommen sei, sei dies unter Gewaltandrohung durch RGO.-Trupps erzwungen worden. Arbeits- und Lohnbedingungen für die Weserschiffahrt seien durch tarifliche Abmachungen bis zum 31. März 1933 geregelt.

Deutscher Dampfer an der schottischen Küste gestrandet

Der von Bremerhaven kommende deutsche Dampfer „Birkenau" (1240 To.) ist am Dienstagfrüh in schwerer See in der Nähe des Firth of Forth bei Dunber gestrandet. Später wurde er von der Brandung auf ein Felsenriff geworfen und geriet in eine gefährliche Lage. Im Laufe des Tages brach das Steuerruder. Das Rettungsboot von Dumber konnte mit dem Raketenapparat die Verbindung mit der „Birkenau" herstellen. 10 Mann der Besatzung wurden geborgen. Der Kapitän und vier Mann blieben an Bord. Da sich das Wetter am Dienstagabend aufgeklärt hat, hofft man die „Birkenau" wieder flott zu bekommen.

Der schwere Sturm brachte ferner einen schottischen Küstendampfer bei Stranraer zum Stranden.

In der Garlieston-Bucht ertranken drei Fischer deren Boot kenterte.

Neues Devisenabkommen mit Italien

Mit Italien ist ein neues Devisenabkommen geschlossen worden, das am 16. Oktober 1932 in Kraft getreten ist. Mit diesem Zeitpunkt sind die von der italienischen Regierung verhängten Sperrmaßnahmen für Zahlungen nach Deutschland aufgehoben worden. Das neue Abkommen unterscheidet sich von dem im Juni d. J. abgeschlossenen Abkommen vor allem dadurch, daß nunmehr ein bestimmtes Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach Italien und der italienischen Einfuhr nach Deutschland vereinbart [illegible]. Diese neue Bestimmung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil damit die Aktivität der deutschen Handelsbilanz gegenüber Italien festgelegt ist.

Schießerei in Essen

Am Dienstag gegen 18 Uhr wurde der 22jährige August Hannig, der mit elf Angehörigen der Eisernen Front in der Steeler Straße zwischen Wasserturm und Parkfriedhof Flugblätter verteilte, in der Schulzestraße aus einer Gruppe politischer Gegner beschossen und durch einen Brustschuß schwer verletzt. Er wurde ins Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Zwei Nationalsozialisten, SS-Leute, die, so heißt es im Polizeibericht, dringend verdächtig sind, der Gruppe, aus der der Schuß fiel, anzugehören, wurden vorläufig festgenommen. Auf die Ermittlung des Täters ist eine Belohnung von 300 RM ausgesetzt worden.

Innenpolitisches

Bekämpfung der Auto- und Fahrraddiebe durch eine Notverordnung

Auf einem Vortragsabend der Vereinigung kraftfahrender Journa[illegible]ten (VKJ.) in Berlin sprach u. a. Reichsjust[illegible]nister **Dr Gürtner,** der mit Nachdruck betont[illegible]aß in Deutschland ein dringendes Bedürfn[illegible]nach einer Neuregelung der Strafbestimmu[illegible]für Autodiebstähle vorliege. Im neuen [illegible]rf des Strafgesetzbuches sei eine Bestimmu[illegible]rgesehen, in der aber nur von dauerndem [illegible]z fremden Eigentums die Rede sei, währen[illegible]sich ja bei dem Gebrauchsdiebstahl um ein[illegible]orübergehende Entziehung handele. Das Re[illegible]justizministerium habe daher dem Kabinett den Vorschlag gemacht, im Wege der Notverordnung — ein anderer sei zur Zeit nicht möglich — eine Strafbestimmung zu schaffen, um dieses Problem der Autoentwendung leicht und befriedigend zu lösen. Aus dem Inhalt der Verordnung, die in den nächsten Tagen veröffentlicht werde, hob der Minister hervor, daß, wer Kraftfahrzeuge oder Fahrräder gegen den Willen des Besitzenden in Gebrauch nehme, sich strafbar mache; da auch der Versuch strafbar sei, werde man schon das Ankurbeln eines Wagens als einen strafbaren Vorgang bezeichnen können. Die Bestimmung sei auch auf Fahrräder und Motorboote ausgedehnt worden. Die Verfolgung solcher Vergehen soll nur auf Antrag erfolgen. Die Strafandrohung betrage ein Vielfaches dessen, was in der ausländischen Gesetzgebung bisher festgelegt sei.

Die Wahlbewegung

Aus dem Aufruf der Bayerischen Volkspartei

In dem Aufruf der Bayer. Vpt. wird darauf hingewiesen, daß die Bayerische Volkspartei in der Auflösung des Reichstages vom 12. Sept. 1932 einen Angriff auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes erblicke. Die Partei kämpfe auch heute gegen jeden Absolutismus, der einem durch ewige Wahlkämpfe mürbe und müde gemachten Volk aufgezwungen werden soll; das Volk dürfe nicht von der Mitbestimmung seines Schicksals ausgeschlossen werden. Nationalsozialisten und Kommunisten, die zusammen im letzten Reichstag eine Mehrheit gebildet hätten, würden als Mehrheit auch den neuen Reichstag arbeitsunfähig machen. Es gelte daher, diesem politischen Radikalismus die Mehrheit zu nehmen. Das sei das Ziel der neuen Wahl. Die Partei trete für eine Reichsreform ein, die aber dem deutschen Volke nicht von Berlin aufgezwungen werden dürfe.

Der Aufruf schließt: Unabhängig nach allen Seiten geht die Bayerische Volkspartei in einen Wahlkampf, der auch über Bayerns Stellung in Deutschland entscheidet.

Noch ein gerichtliches Nachspiel des Lübecker Tuberkulose-Prozesses

Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat gegen den Berliner Arzt Dr. Genter Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung erhoben. Dr. Genter hatte seinerzeit in Lübeck auf Wunsch verschiedener Eltern Kinder, die nach der Schutzimpfung mit BCB erkrankt waren, mit seinem Tuberkulosemittel Antiphtisin behandelt. Im Lübecker Prozeß hatte Prof. Dr. Schürmann-Berlin als Sachverständiger bekundet, daß sich in drei Fällen bei von Dr. Genter behandelten Kindern neben der Tuberkuloseerkrankung eine allgemeine Infektion einstellte. Prof. Dr. Schürmann führte diese Infektionen darauf zurück, daß die Injektionen mit einer nicht genügend gereinigten Spritze vorgenommen wurden bzw. daß man die Haut an den betreffenden Stellen nicht genügend gesäubert hatte.

Die Verhandlung wird vor dem Lübecker Amtsgericht stattfinden. Man vermutet, daß die Verhandlung im Laufe des kommenden Monats beginnen wird.

Aus dem Staatsrat

Der Preußische Staatsrat nahm am Dienstag abend eine Verordnung zur Kenntnis, durch die der Schlachtsteuertarif abgeändert und der preußische Finanzminister ermächtigt wird, Hausschlachtungen von Schweinen, Kälbern und Schafen ganz oder zum Teil von der Steuer zu befreien. Zur Kenntnis genommen wurde auch eine Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Verordnung über die Aufwertung von Sparguthaben, die einige Fristenverlängerungen vorsieht.

Aussageverweigerung der Angeklagten im Felseneck-Prozeß

Zu Beginn der Verhandlung des Felseneck-Prozesses erklärte am Dienstag der Vorsitzende, daß die Beschlußkammer den Antrag auf **Ablehnung des Gerichts** wegen Besorgnis der Befangenheit **abgelehnt habe.** Daraufhin **legte Rechtsanwalt Cohn-Bendit die Verteidigung nieder.** Der Staatsanwalt beantragte daraufhin Rechtsanwalt **Dr. Plauth** zum **Offizialverteidiger** für den Angeklagten Hohmann, der aber Dr. Plauth ablehnte. Dieser Beschwerde wurde nicht stattgegeben.

Bei der Feststellung der Personalien **verweigerten alle kommunistischen Angeklagten,** die von Dr. Plauth verteidigt wurden, **die Aussage.**

Nach der Verlesung des Eröffnungsbeschlusses sollten dann die Angeklagten zur Sache vernommen werden. Sie verweigerten ihre Aussage.

Kleine politische Nachrichten

Der Reichsinnenminister in Waldmünchen

Aus Waldmünchen, 18. Okt., wird gemeldet: Reichsinnenminister Freiherr von Gayl traf heute hier in Begleitung des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, des Innenministers Stützel und des Regierungspräsidenten der Oberpfalz ein. Nach einer Autofahrt an die tschechoslowakische Grenze besichtigte er das hiesige Jugendheim, worauf ihm die Vertreter der örtlichen Behörden die Wünsche der Bevölkerung vortrugen. Der Minister reiste nach Furth im Wald ab.

Erfundene Anleiheverhandlungen

Zeitungen verbreiten das Gerücht, der Bankier Jakob Goldschmidt sei auf Wunsch des Reichskanzlers nach Paris gefahren, um dort über eine Anleihe von fünf Milliarden RM. zu verhandeln. An dieser Meldung, so berichtet das Wolffbüro, ist kein wahres Wort. Sie ist ebenso aus der Luft gegriffen, wie die früher vorgebrachten Behauptungen, die Goldschmidt mit dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in Verbindung bringen wollten.

Das Urteil im Beleidigungsprozeß um die Separatistenliste

Im Beleidigungsprozeß des Landgerichtsrats Dr. Schmitz, Wiesbaden, gegen den Redakteur Boettner wurde nach fast achtstündiger Beratung das Urteil verkündet. Redakteur Boettner wurde wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Landtagsauflösung in Sachsen abgelehnt

Der Sächsische Landtag hat den nationalsozialistischen Antrag auf Landtagsauflösung gegen die Stimmen der Antragsteller und der Kommunisten abgelehnt.

Haftbefehle wegen der Sprengstoffanschläge in Schlesien

Aus Breslau, 18. Okt., meldet das Wolffbüro: Gegen den Oberführer der SA.-Untergruppe Mittelschlesien-Süd, von Obernitz, und seinen Adjutanten, den Grafen Spreti, ist im Zusammenhang mit den Sprengstoffanschlägen im Kreise Nimptsch Haftbefehl erlassen worden. Beide werden steckbrieflich gesucht. Die Ermittlungen haben ferner zur Festnahme eines SA.-Mannes aus Reichenbach geführt.

Die deutsche Kontingentierungsdelegation in Paris

Die deutsche Delegation, die zu Besprechungen über die Kontingentierungen mit der italienischen Regierung in Rom verhandelt hat, ist in Paris eingetroffen, um auch dort Besprechungen über die Kontingentierungfrage einzuleiten.

Waffenbeschlagnahme in Rotterdam

Die Polizei hat im Hafenviertel Rotterdams eine größere Menge von Waffen, 100 Revolver und 2500 scharfe Patronen, beschlagnahmt; die nach Deutschland geschmuggelt werden sollten. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist ein als Schmuggler bekannter belgischer Staatsbürger verhaftet worden.

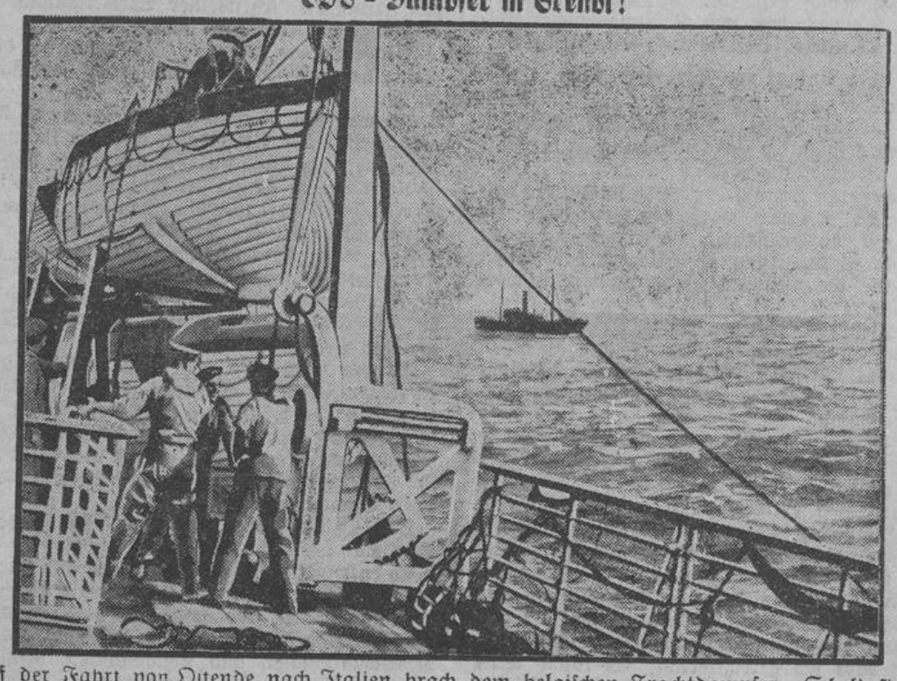
Manin mit der Bildung des rumänischen Kabinetts beauftragt

Aus Bukarest, 18. Okt., wird berichtet: Der König hat Maniu die Bildung der Regierung angetragen. Maniu hat sich eine Frist zu Besprechungen mit seinen Parteifreunden vorbehalten.

Amerikanische Hoffnungen auf deutsche Vorschläge bei den Wirtschaftskonferenzen

Während die Newyorker Finanzkreise die Rede des Reichskanzlers von Papen in Paderborn als den Ausfluß „einfacher wirtschaftlicher Vernunft" bezeichneten, melden Times aus Washington, daß trotz der Zurückhaltung offizieller Kommentare die Kanzlerrede in Paderborn von politischen Kreisen stark erörtert werde, in der Annahme, Deutschland werde den Genfer und Londoner Wirtschaftskonferenzen entsprechende Vorschläge machen.

EOS - Dampfer in Seenot!



Auf der Fahrt von Ostende nach Italien brach dem belgischen Frachtdampfer „Scheldestad" die Schraubenwelle, so daß das Wasser in den Maschinenraum flutete. Auf die drahtlosen Hilferufe eilte der Dampfer „Lancastria" herbei und konnte die 22köpfige Besatzung aus ihrer lebensgefährlichen Lage befreien. Unser Bild von der Rettungsarbeit zeigt, wie ein Rettungsboot der „Lancastria" herabgelassen wird, um die Besatzung der „Scheldestad" (im Hintergrund) zu retten

Danzigs Völkerbundkommissar



Zum Hohen Kommissar des Völkerbundes in der Freien Stadt Danzig wurde der Däne Rosting ernannt

Ein Jahr Gefängnis wegen Verrats militärischer Geheimnisse

Vor der Großen Strafkammer in Kassel hatte sich der 22 Jahre alte frühere Reichswehrsoldat Werner K. aus Magdeburg zu verantworten, weil er mit dem französischen Spionagedienst in Metz in Verbindung gestanden hat. Er behauptete vor der Strafkammer, daß er sich bei der Fremdenlegion habe anwerben lassen wollen, daß er aber in Metz wegen seiner früheren Zugehörigkeit zur Reichswehr dem Spionagedienst zugeführt worden sei. Mit einem langen schriftlichen Auftrag zur Ausspionierung von Reichswehrangelegenheiten und mit den nötigen Geldmitteln ausgestattet war er dann nach Deutschland zurückgeschickt worden. Diesen Auftrag will er nur angenommen haben, um aus den Händen der Franzosen wieder loszukommen. Die Strafkammer verurteilte K. aus § 6, 1 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse in Anrechnung der Untersuchungshaft seit dem 12. März zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr.

Milderung der Verordnung für Badekleidung

Im preußischen Innenministerium fand, wie die Zeitung „Deutsche Konfektion" mitteilt, eine Besprechung von Vertretern der interessierten Kreise mit den zuständigen Persönlichkeiten statt. Die Unterredung ergab, daß bezüglich der Anwendung der Verordnung volle Uebereinstimmung zwischen den Fachkreisen und der Regierung besteht. Auch hinsichtlich der Durchführung der Verordnung wurde, wie die „Deutsche Konfektion" weiter mitteilt, Uebereinstimmung erzielt dahingehend, daß die Polizeibehörden angewiesen werden sollen, jede kleinliche Anwendung der Verordnung zu unterlassen und insbesondere nicht einzuschreiten, wenn der Rückenausschnitt der Vorschrift nicht völlig entspricht. Hierbei ist allerdings Voraussetzung, daß ein fester Sitz der Vorderseite gewährleistet wird, ferner daß der Rückenausschnitt nicht den ganzen Rücken freiläßt und der tiefste Punkt des Rückenausschnittes keinesfalls unter der Gürtellinie liegt.

Falschmünzerbande in Hamburg verhaftet

Das Falschgeldkommando in Hamburg hat eine Falschmünzergesellschaft verhaftet und umfangreiches Material beschlagnahmt, wodurch eine ganze Reihe von Münzvergehen in Hamburg, Itzehoe, Neumünster, Stettin und anderen Orten aufgeklärt werden konnten.

Die Bande wollte gerade die Herstellung einer neuen Reihe von Zwanzigmarkscheinen in Angriff nehmen. Der Führer wird noch gesucht. Es soll sich um einen 41jährigen Arnold Petersen handeln, der im November aus dem Zuchthaus in Rendsburg geflüchtet ist. Die Werkstatt befand sich in einem Malereigeschäft in der Eiffestraße. Verhaftet wurden drei Personen als Hersteller und weitere Personen wegen Beihilfe und Begünstigung.

Oesterreichs Bundeskanzler will einen Kurswechsel der Großdeutschen

Auf Einladung des Bundeskanzlers erschienen die Führer des großdeutschen Abgeordnetenklubs bei Dr. Dollfuß, der ihnen die gegenwärtige politische Lage darlegte und sie aufforderte, ihre oppositionelle Haltung einer Ueberprüfung zu unterziehen. Der Bundeskanzler eröffnete den Erschienenen, daß die Regierungsparteien beabsichtigen, ein neues Wahlgesetz zu beantragen und damit auch die Festsetzung des Termins für Neuwahlen auf die Frühjahrstagung zu verschieben. Wenn die Großdeutschen die Auflösung des Hauses schon jetzt herbeiführen würden, so wäre das Haus durch den Wahlkampf in seiner sachlichen Tätigkeit behindert.

Der Bundeskanzler kam dann auch auf die Abberufung des österreichischen Gesandten in Berlin zu sprechen und erklärte, daß er die Absicht habe, auf den Berliner Gesandtenposten eine Persönlichkeit zu entsenden, die das Vertrauen der nationalen Kräfte genieße. Allerdings könnte der zukünftige Gesandte nur dann aus den Reihen der Großdeutschen genommen werden, wenn die Partei ihre Haltung gegenüber der Regierung ändern wollte. Würde dies nicht der Fall sein, so werde natürlich eine einwandfreie Persönlichkeit nach Berlin gesandt werden, allerdings nicht aus den großdeutschen Kreisen.

Die großdeutschen Abgeordneten verwiesen in ihrer Erwiderung auf die in der Vorwoche gefaßten Beschlüsse der Parteileitung und des Klubs und erklärten, daß sie keinen Grund hätten, von ihren bisherigen politischen Richtlinien abzugehen. Damit war die Unterhaltung beendet, wie es heißt, soll sie aber noch fortgesetzt werden.

MacDonald als Vermittler

Vor einem neuen Schritt des Premierministers

Der politische Korrespondent der „Morning Post" schreibt: Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird das Abrüstungsproblem jetzt entschiedener in den Vordergrund rücken. Es verlautet, daß Macdonald in einer Kabinettssitzung einen neuen Vorschlag zur Behandlung der durch den Fehlschlag seiner Londoner Besprechung mit Herriot eingetretenen Lage in großen Zügen unterbreiten wird. Wahrscheinlich wird die neue von Macdonald in Aussicht genommene Methode den Gegenstand der Erklärung bilden, die er am Schluß seiner jüngsten Rede in Aussicht gestellt hat.

„News Chroniele" zufolge wird Macdonald eine Abordnung von kirchlichen Führern empfangen und Erklärungen über die Abrüstungsfrage entgegennehmen.

„Morning Post" sagt in einem Leitartikel: Gegenüber der Gefährdung des europäischen Friedens hat die Abrüstungskonferenz ohne Schuld der britischen Regierung eine bedauerliche Rolle gespielt. Aber obwohl Macdonalds neueste Anstrengungen, durch Einberufung einer Viermächtekonferenz einen Fehlschlag zu verhindern, wahrscheinlich keinen Erfolg haben werden, so war doch diese Mittlertätigkeit Englands niemals notwendiger denn heute. Der Schatten einer Aufrüstung und sogar eines Krieges, der den europäischen Horizont zu verdunkeln beginnt, ist eines der wesentlichen Hindernisse einer Erholung.

Blätterstimmen

Die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"** glaubt annehmen zu dürfen, daß bei dieser Unterredung auch noch andere als die offiziell zugegebener Gesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, vielleicht sogar der Gedanke eines direkten deutsch-englischen Meinungsaustausches, ferner die Frage eines Ersatzortes der Konferenz.

Die **„Börsenzeitung"**, die sich am ausführlichsten mit den beiden Themen beschäftigt, hält die Rede Macdonalds für um so bemerkenswerter, als sie die Tragweite des in London erzielten englisch-französischen Kompromisses erkennen lasse. Es wäre schlecht um England bestellt, wenn sein Ministerpräsident wirklich nicht fähig wäre, die „Substanz der deutschen Gründe" zu entdecken! O nein, hier hapere es nicht an politischem Verstand, sondern an gutem Willen.

Die **„Vossische Zeitung"** meint, daß der erneute Schritt der englischen Regierung im Zusammenhang mit der bedeutsamen Rede stehe, die der englische Ministerpräsident Macdonald gestern in London bei einem Frühstück gehalten habe. In dieser Rede wende sich Macdonald noch einmal mit sehr ernstem Nachdruck an Deutschland im Sinne eines letzten Vermittlungsversuches. Offenbar verspreche sich der englische Premierminister dann einen Erfolg, wenn eine entgegenkommende Haltung der deutschen Außenpolitik Frankreich das Beharren auf Genf als Konferenzort erschweren würde.

Der „Tag" bezeichnet die Ausführungen Macdonalds als in doppelter Hinsicht beachtenswert — einmal, weil Macdonald ausdrücklich den Standpunkt vertrete, die deutsche Gleichberechtigung dürfe nur moralisch anerkannt werden, also keine Verbesserung der deutschen Landesverteidigung nach sich ziehen, und zum anderen bleibe er auch entsprechend den französischen Wünschen bei Genf.

Englands Sorgen

Simon über die Viermächtekonferenz

Das englische Unterhaus hat am Dienstag seine erste Sitzung nach den Sommerferien abgehalten. Die Hauptaufgabe der neuen Tagung ist die Stellungnahme zu dem Abkommen von Ottawa. In Beantwortung einer Anfrage über die Viermächtekonferenz erklärte Sir John Simon, es sei bisher unmöglich gewesen, sich über den Konferenzort zu einigen; die britische Regierung erwäge jedoch einen neuen Schritt, um eine Einigung hierüber herbeizuführn. Außerdem gab Thomas die Kündigung des Handelsvertrages mit Rußland bekannt.

Die Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages.

In einer Unterhauserklärung begründete Thomas die Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages von 1930 mit dem Abkommen zwischen England und Kanada, das etwa erforderliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Wirksamkeit der Präferenzen gegenüber einer Durchkreuzung durch das Ausland vorsehe. Deshalb sei durch eine Note an den russischen Geschäftsträger vom 17. Oktober der Vertrag mit sechsmonatiger Frist gekündigt worden. Gleichzeitig habe die britische Regierung ihren Wunsch nach Förderung der Handelsbeziehungen und ihre Bereitschaft zu baldigen Verhandlungen zum Ausdruck gebracht.

England zollpolitische Initiative

Reuter erfährt von zuständiger Seite in London, daß die englische Regierung die Regierungen von Dänemark, Schweden und Norwegen eingeladen hat, Besprechungen über Zollfragen zum frühesten genehmen Zeitpunkt in London abzuhalten. Ueber das gleiche Thema laufen bereits Verhandlungen mit der argentinischen Regierung.

Führerwechsel in der englischen Labour Party

Wie verlautet, wird Henderson von der Führung der Arbeiterpartei zurücktreten, das Amt eines Sekretärs und Schatzmeisters der Partei jedoch weiter behalten. Als Nachfolger wird der jetzige Vorsitzende der Unterhausfraktion der Arbeiterpartei, Lansbury, genannt.

Vorbereitung einer internationalen Transportkonferenz

Bei der Internationalen Handelskammer in Paris tagt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. O. Most (Duisburg) ein Sachverständigenausschuß zur Vorbereitung der für das nächste Jahr geplanten Konferenz zur Koordinierung aller Verkehrsmittel. Diese Konferenz wird die erste internationale Transportkonferenz sein, auf der alle Transportkategorien in gleicher Weise vertreten sind. Die Arbeit des Vorbereitenden Ausschusses wird in zwei Etappen vor sich gehen, zuerst beraten die neutralen Sachverständigen, die keinerlei bestimmte Transportinteressen vertreten, ihnen schließen sich dann am 20. Oktober Vertreter sämtlicher internationaler Verkehrsmittel an.

Poincaré über die Senatswahlen Poincarés Erinnerungen

Ein Redakteur des „Petit Journal" hat Poincare interviewt. Dieser erklärte in bezug auf den Ausfall der Senatswahlen, die drei im Maas-Departement gewählten Senatoren (zu denen er selbst gehört), seien für die Regierung. Herriot kenne die Ansicht Poincares, daß eine Regierungskrise in keinem Augenblick schlechter am Platz gewesen wäre als gerade jetzt. Poincare habe auch volles Vertrauen dazu, daß Finanzminister Germain Martin alles tun werde, um das Werk der Finanzsanierung zu vollenden.

Auf eine Frage des Berichterstatters erklärte Poincare, die Bevölkerung im Osten Frankreichs sei wegen der Haltung Deutschlands beunruhigt, hege aber keine besonderen Befürchtungen, denn sie glaube, daß etwas Entschlossenheit in der Haltung Frankreichs genüge, um Deutschland zu bestimmen, selbst seine Vorgangsweise zu ändern. Er selbst sei nicht pessimistisch, denn gerade diese Senatswahlen flößten Vertrauen ein. Sie sprächen für eine Politik der Einigung, der Klugheit und des Weitblicks.

Poincare erklärte dem Berichterstatter dann noch, er werde in zehn Tagen einen Band seiner Erinnerungen herausgeben. Da seine jetzigen Veröffentlichungen sich bis auf das Jahr 1917 bezögen und er sie bis 1920 verfolgen wolle, würden noch sechs bis sieben Bände erscheinen. In Bezug auf die Erinnerungen des Marschalls Joffre und die Stelle, die von einem französischen Feldzugsplan spricht, nach dem Frankreich die belgische Neutralität verletzen wollte, erklärte Poincare, das sei eine Angelegenheit aus dem Jahre 1912, als er, Poincare, Ministerpräsident gewesen sei. Er habe sich damals als solcher diesem Plan widersetzt und übrigens auf den Plan selbst in seinem ersten Buch eine diskrete Anspielung gemacht.

Die Temesvarer Eisenbahnkatastrophe

Von den bei dem Zugunglück bei Temesvar Schwerverletzten sind noch sechs ihren Verletzungen erlegen, so daß sich die Zahl der Toten bisher auf 24 beläuft.

Nach Meldungen aus Bukarest erzählten Augenzeugen der Eisenbahnkatastrophe, daß der dem Personenwagen folgende Postwagen auf den entgleisten zertrümmerten Wagen aufgefahren sei. Dadurch seien zahlreiche Insassen förmlich gerädert worden, wodurch es sich erkläre, daß die meisten Leichen verstümmelt seien. Der Weichensteller soll angeblich an dem Unglück keine Schuld haben, da die Weiche auf elektromagnetischem Wege eingestellt worden sei. Der verunglückte Wagen soll aus den 60er Jahren stammen und vollkommen baufällig gewesen sein. In Temesvar glaubte man anfangs, daß der Simplon-Expreß verunglückt sei, und alsbald strömten große Menschenscharen an die Stätte des Unglücks.

Das Ruhrkohlensyndikat gegen Kontingentspolitik

Erst jetzt wird ein Telegramm bekannt, das das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat an die Reichsregierung gerichtet hat, mit folgendem Wortlaut:

Die deutsche Einfuhrhemmungspolitik wirkt in Italien, in den Oststaaten, besonders aber in Holland, zerrüttend auf den Ruhrkohlenabsatz. Die Nachrichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmerhaufen stehen. Der Ruhrbergbau wird wie die übrige auf Ausfuhr angewiesene Industrie noch unter den jetzigen Tiefstand herabgedrückt werden. Anstatt der von der Regierung gewollten Belebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Absinken der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus. Die Hoffnung, daß die Kontingentierung durch Belebung der Landwirtschaft auch den Industrieabsatz heben und dadurch den Schaden der sinkenden industriellen Ausfuhr ausgleichen werde, wird sich immer deutlicher als trügerisch erweisen. Die industrielle Kaufkraft wird entsprechend dem Ausfuhrrückgang sinken zum Schaden auch der Landwirtschaft. Die Kosten der verfehlten Politik werden in erster Linie der Ruhrbergbau und die übrige Industrie zu tragen haben.

Der Zusammenstoß in Dortmund

Die Arbeiten der Mordkommission zur Aufklärung der Vorgänge, die sich am Sonntagvormittag im Dortmunder Norden ereignet hatten, wurden mit größtem Nachdruck fortgesetzt. Im Laufe des Montags sind sechs Personen festgenommen worden, die im Verdacht stehen, sich an der Schießerei auf Nationalsozialisten und Polizei beteiligt zu haben. Die Vernehmung dieser Festgenommenen ist noch nicht abgeschlossen.

Der Regierungspräsident in Arnsberg hat für die Aufklärung dieses Ueberfalles eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Die Mordkommission brachte erst am Montagnachmittag in Erfahrung, daß außer den zwei Toten und zwölf Schwerverletzten zwei weitere Männer bei der Schießerei schwer verletzt wurden und im Krankenhaus liegen. Einer schwebt noch in Lebensgefahr.

Der deutsch-polnische Grenzzwischenfall bei Weißenberg

Wie die „Stuhmer Zeitung" berichtet, erfolgte am Montagnachmittag in Weißenberg eine sechs Stunden dauernde Besichtigung des Ortes, an dem der gemeldete Grenzzwischenfall passierte. Der polnische Starost aus Mewe hatte der Einladung des Stuhmer Landrates Dr. Zimmer Folge geleistet. In seiner Begleitung befanden sich ein polnischer Amtsrichter und die fünf Soldaten, die auf den Arbeiter Franz Schiwelski geschossen und ihn dann nach Polen verschleppt haben. Von deutscher Seite waren zugegen der Landrat von Stuhm, der Oberstaatsanwalt aus Elbing, ein Amtsgerichtsrat und die deutschen Augenzeugen. Wie verlautet, ergaben sich erhebliche Widersprüche zwischen den Angaben der deutschen Augenzeugen und denen der polnischen Soldaten. Der Arbeiter Schiwelski soll übrigens nicht verwundet worden sein, sondern sich unverletzt im Mewer Gefängnis befinden.

Goethe-Medaillen für Herriot Valery und Gide

Aus Anlaß der Goethe-Feier ist drei Franzosen die Goethe-Medaille verliehen worden, nämlich Ministerpräsident Herriot, dem Mitglied der französischen Akademie Paul Valery und dem bekannten Schriftsteller Andre Gide.

Botschafter Hoesch wird vor dem Abschiedsfrühstück, das Ministerpräsident Herriot zu seinen Ehren gibt, dem französischen Ministerpräsidenten die Medaille überreichen, während der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Forster, Valery und Gide ihre Medaillen in den nächsten Tagen überreichen wird.

Das Gesetz der Serie: Eisenbahnunglücke überall



In allen Teilen Europas haben sich in den letzten Tagen schwere Eisenbahnunfälle ereignet, die zahlreiche Todesopfer gefordert haben. Die größte Eisenbahnkatastrophe ereignete sich in Temesvar in Rumänien, wo ein Arbeiterzug entgleiste; 24 Personen fanden den Tod, elf Fahrgäste erlitten lebensgefährliche Verletzungen. — Auf dem Innsbrucker Westbahnhof entgleiste ein Personenzug: zwei Menschen wurden getötet, vier Personen schwer verletzt. — Ein Eisenbahnunglück, das neun Todesopfer und 20 Schwerverletzte forderte, ereignete sich kurz vor dem Bahnhof von Cerences in Frankreich: ein Personenzug fuhr auf einen rangierenden Güterzug auf. Fahrlässigkeit des Bahnhofsleiters soll dieses furchtbare Unglück verschuldet haben. — Bei der holländischen Stadt s'Hertogenbosch stießen infolge falscher Weichenstellung zwei Güterzüge zusammen; glücklicherweise sind hierbei Menschenleben nicht zu beklagen, jedoch ist der Sachschaden bedeutend. — In Lublino bei Moskau stieß ebenfalls ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, so daß fünf Wagen vollkommen zertrümmert wurden. Obgleich noch keine offiziellen Angaben über die Zahl der Verunglückten ausgegeben wurden, steht fest, daß die Zahl der Toten und Verletzten außerordentlich hoch ist

Tränengasanschlag gegen einen Abgeordneten

In Rüstringen wurde auf die Wohnung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Huenlich ein Tränengasbombenanschlag verübt. Als Huenlich aus einer Versammlung der Eisernen Front zurückkehrte, fand er seine Wohnung mit Tränengas angefüllt. Die Untersuchung ergab, daß die Bombe durch eine Fensterscheibe in das Wohnzimmer geschleudert worden war. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Täter sind unbekannt.

Ministerpräsident Udrzal legt sein Amt nieder

Ministerpräsident Udrzal hat seine Kur in Karlsbad unterbrochen und ist nach Prag zurückgekehrt. Wie das Blatt Venkow meldet, hat Udrzal in einer Sitzung des Präsidiums der republikanischen Agrar- und Kleinlandwirtepartei mitgeteilt, sein Gesundheitszustand lasse es nicht zu, daß er weiter das Amt des Vorsitzenden in dieser überaus schweren Zeit ausübe, welches volle Kräfte erfordere. Das Präsidium erkannte die Gründe des Ministerpräsidenten an und sprach ihm die Anerkennung für die bisherige schwere Arbeit aus. Das Präsidium beschloß sodann einstimmig, den Abgeordneten Malypetr zu betrauen, mit den übrigen Parteien über die Lösung der neuen Lage zu verhandeln.

Raubüberfall auf die chinesische Ostbahn

„Daily Telegraph" meldet aus Mukden: Chinesische Räuber griffen bei Kaolingsu auf der chinesischen Ostbahn einen nach Charbin unterwegs befindlichen, mit russischen Flüchtlingen gefüllten Eisenbahnzug an. Aus unbekannter Ursache explodierte ein Benzinbehälter des Zuges und setzte die Waggons in Brand. Die Passagiere suchten sich in Panik zu retten, und eine Anzahl von ihnen wurde durch das Feuer der Banditen getötet oder verwundet.

30 schwere Diebstähle aufgeklärt

Das Schuldkonto der lippischen Einbrecherbande

Die Ermittlungen in der Angelegenheit der kürzlich unschädlich gemachten Einbrecherbande haben bisher zur Aufklärung von etwa 30 schweren Diebstählen geführt, die an den verschiedensten Stellen in Lippe — besonders in ländlichen Gegenden — verübt wurden. Es wurden inzwischen vier weitere Mittäter verhaftet, sodaß die Zahl der Festgenommenen nunmehr 12 beträgt. Es ist bereits erwiesen, daß diese lippische Einbrecherbande mit einer auswärtigen Diebesbande in Verbindung stand. Die bei den Einbrüchen erbeuteten Lebensmittel, vor allem Wurst, Schinken und Speck, wurden zum größten Teil mit einem Kraftwagen über die Landesgrenze gebracht.

Herne. Tot auf der Straße aufgefunden. Morgens gegen 8 Uhr wurde auf der Pöppinghauser Straße eine männliche Leiche aufgefunden. Bei dem Toten wurde eine Kopfverletzung festgestellt. Auf welche Weise diese Verletzung entstanden ist und ob dadurch der Tod herbeigeführt worden ist, muß durch die Obduktion der Leiche festgestellt werden. Wie die kriminalpolizeilichen Nachforschungen ergeben haben, handelt es sich bei dem Toten um den 62jährigen Invaliden Josef Joswiak, Herne, Ludwigstraße.

30 Stück Rindvieh in Flammen umgekommen

Ein Stallgebäude eingeäschert

In dem Stallgebäude der Witwe Siebers auf Gut Marienwasser bei Weeze im Kreise Geldern brach in der Frühe Feuer aus, das das Gebäude vollständig in Asche legte. Während es gelang, Pferde und Schweine zu retten, fielen dem Brande ungefähr 30 Stück Rindvieh zum Opfer. Der tatkräftigen Arbeit der Feuerwehr ist es zu danken, daß das Vorderhaus und die Scheune vom Feuer verschont blieben. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Von den Märkten

Kölner Hauptmarkt

Köln, 18. Okt. Die Zufuhren waren heute wieder sehr reichlich, ganz besonders in Obst. Der Absatz, namentlich in Gemüse, gestaltete sich in der Frühe ziemlich flott, später aber ging es sehr langsam, so daß an eine Räumung des Marktes zur festgesetzten Zeit nicht zu denken ist. Die Tomatenzeit geht zu Ende. Jetzt kommen größere Sendungen Tomaten aus dem Auslande. An den Fischständen war es sehr still, Rheinfischer fehlten gänzlich. Auch auf dem Geflügel- und Wildmarkt war keine Kauflust zu verspüren. Marktbesucher berichteten, daß ihnen am Grüngürtel bei Höningen ein Rudel Wildschweine begegnete. Es waren fünf Tiere. Zwei konnten von einem Landwirt erlegt werden. Eines der Tiere flüchtete zum Südfriedhof. — Es kosteten im Großhandel: Kartoffeln blaue Nieren 5—6, Gelbe 3.70—4.—, Industrie gelbe 2.50—2.70 RM. der Zentner, Einmachbohnen 18—27, Wachsbohnen 20—25, Salatbohnen 15—24, Wollbohnen 13—15, Feldsalat 14—20, Grünkohl 1,5 bis 3,5, Weißkohl 0,9—1,5, Rotkohl 1,5—2,5, Wirsingkohl 1,8—3,5, Rosenkohl 12—18, Spinat 4,5 bis 5,—, Zwiebeln 6—7, Möhren 3—4, Steckrüben 2 bis 3,5, weiße Rüben 3—4, Tomaten 10—15, Karotten 3—4, Einmachzwiebeln 15—16, Kürbisse 4, Pfifferlinge 45, Semmelpilze 25, Steinpilze 30—35, Sauerampfer 18 Pfg. das Pfund, Kopfsalat 2,5—6,—, Endivien 4—6, Blumenkohl 16—30, Weißkohl 4—10, Rotkohl 5—9, Wirsingkohl 4—8, Kohlrabi 2—4, Rettich 3—4, Salatgurken 40 Pfg. das Stück, Mangold 1,5—2, Rübstiel 3—4, Möhrchen 4—5, Radieschen 2, Schwarzwurzeln 12—15 Pfg. das Gebund, Kochäpfel 7—12, Eßäpfel 15—25, Kochbirnen 5—12, Eßbirnen 12—15, Zwetschen 18—30, Himbeeren 40, Pfirsiche 20—35, Haselnüsse 35—40, Baumnüsse 32 bis 48 Pfg., Hagebutten 15, Süßrahmbutter 120 bis 130, Landbutter 110—115 Pfg. das Pfund, Eier 7¼—11 Pfg. das Stück. — An Auslandswaren: Salatgurken 40, holl. Kopfsalat 13—14 Pfg. das Stück, Tomaten 24—35, Schwarzwurzeln 20 bis 22, Einmachbohnen 40 Pfg. das Pfund, amerik. Aepfel Kiste 10.50—14, russ. Aepfel Kiste 11—12, Faß 28—29, Zitronen Kiste zu 150 Stck. 14—15, zu 300 Stck. 18—26, Apfelsinen Kiste 16—18 RM., holl. Kochäpfel 10.50—18, Birnen 30—35, Bananen 22—25, Maronen 20—22, Pfirsiche 30—50, holl. Trauben 38—50, ital. 20—26, franz. 20—22, Brüsseler 90—100, Feigen 20—26 Pfg. das Pfund, Datteln 80—90 Pfg. der Karton.

Amtlicher Preisbericht der Kölner Produktenbörse.

Notierungen in RM. für 100 Klg., Frachtlage. Köln (Dienstags und Freitags)

Köln a. R., den 18. Okt. Weizen rhein. (neue Ernte) 74—74½ Klg. 20,75—20,90, Roggen rhein. (neue Ernte) 71—71½ Klg. 16,25, Roggen ausl. 18,25—18,75, Hafer hiesiger (neue Ernte) 14,25—14,50, Hafer norddeutscher 16 bis 17, Futtergerste ausl. 17—17,50, Wintergerste inl. 17,25—17,50, Sommergerste inl. 18—18,75, Mais grober 16,75, Mais kleiner 17,50, Weizenmehl 70% inl. 29,25, rheinisches Weizenbäckermehl (mit Auslandsweizen) 30,25, Roggenmehl 70% inl. 23,25—23,75, Roggenmehl 70% (mit Auslandsroggen) 24,50, Roggenschrot inl. 20, Roggenschrot (von Auslandsroggen) 20,25, Weizenkleie*) 8—9,75, Roggenkleie*) 7—7,50, Biertreber*) 10,75—11,50, Leinkuchenmehl 38%*) 11,25—11,50, Erdnußkuchenmehl 50%*) 11,25 bis 11,50, Erdnußkuchenmehl 54%*) 12,25 bis 12,50, Sojaschrot (extrahiert) 46%*) 11—11,25, Rapskuchen 38% 8,75, Palmkernkuchen lose 21% 9—9,50, Zuckerschnitzel lose 9,25—9,75, Rohmelasse 8,75—10, Wiesenheu inl. lose 4,60—5,40, Kleeheu inl. lose 5,80—6,30, Roggenstroh gepr.**) 1,30—1,50, Weizenstroh gepr.**) 1,30—1,40, Haferstroh gepr.**) 1,20—1,30; *) brutto mit Sack, **) ab rheinische Station. Stimmungsbericht: Das Getreidegeschäft bewegte sich heute in engen Bahnen. Die Preise waren unverändert. Futtermittel schwach behauptet.

Öffentliche Steuermahnung

Hiermit werden öffentlich angemahnt die Rückstände an:

1. Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat Oktober 1932,
2. Hundesteuer für das 2. Halbjahr 1932/33,
3. Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das 2. Kalenderhalbjahr 1932.

Die gesetzliche Mahnfrist ist 3 Tage. Danach hat kostenpflichtige Zwangsbeitreibung zu erfolgen.

Auswärtige Hebetermine sind angesetzt:

auf Mittwoch, den 19. Oktober, in der Wirtschaft Hirschfelder in Hilgen,
auf Donnerstag, den 20. Oktober, in der Wirtschaft Busch in Dierath,
an beiden Tagen von 2 bis 5 Uhr nachmittags.

Burscheid, den 17. Oktober 1932.

Die Stadtkasse: Schmitz.

Bekanntmachung

Allen Wahlberechtigten der Stadtgemeinde Burscheid, die in die neuaufgestellte Stimmliste eingetragen sind, ist eine Benachrichtigungskarte über diese Eintragung zugegangen. Personen, die eine solche Karte nicht erhalten haben, müssen annehmen, daß sie in den Stimmlisten nicht geführt werden und tuen gut, die Stimmlisten während der Auslegungsfrist, die bis zum 23. d. Mts. einschl. läuft, einzusehen und richtigstellen zu lassen.

Stimmscheine für Wahlberechtigte, die gezwungen sind, die Wahl außerhalb ihres Stimmbezirkes auszuüben, erhalten Stimmscheine im Rathaus, Zimmer 10.

Burscheid, den 18. Oktober 1932.

Der Bürgermeister: Rohde.

Weine Weinbrand Liköre

Fernruf 601 **P. Hamacher, Burscheid** Hauptstr. 1b

Alter Berg. Korn .... 0. Gl. Liter **2.25 RM**

Die ungebundene Ortspresse

behandelt besonders eingehend die örtlichen Belange

Die Großstadt-Presse hat die Interessen der Städte zu vertreten, kann also in Burscheid nicht beheimatet sein.

Mitbürger!

Wiederum wie im Vorjahre haben sich die unterzeichneten Vereine und Verbände zusammengeschlossen, um ihre Kräfte in den Dienst der Sammlung für die

Not- und Winterhilfe

zu stellen. Sie tun dies in der Erkenntnis, daß es Reich, Staat und Gemeinden auch in diesem Jahre nicht möglich ist, der Not der eingesessenen Bevölkerung durch erhöhte Unterstützungen zu steuern. Es muß deshalb wieder die freie Liebestätigkeit einsetzen. Durch die im Vorjahre mit so erfreulichem Erfolge durchgeführte Sammlung konnten recht viel Bedürftige befriedigt, konnte so manche Not gelindert werden. Allen, die zu diesem Erfolge beitrugen, den edlen Spendern und den eifrigen Sammlern, gebührt besonderer Dank.

Die unterzeichneten Verbände und Vereine rufen auch in diesem Jahre wieder alle Kreise der Bevölkerung auf, sich an diesem Liebeswerk der Not- und Winterhilfe zu beteiligen. Die Not in den Familien der Hilfsbedürftigen, deren Zahl gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen ist, ist groß. Es ist ihnen nicht möglich, von den kargen Unterstützungen Brennstoff und Kartoffeln zu kaufen. Auch sonst fehlt es an allem Notwendigen.

Es ergeht deshalb an Alle der Ruf: Hilf und gib!

Die Sammlung soll umfassen wie auch im Vorjahre: **Geld, Brennstoff, Kartoffeln, Kleidung und Lebensmittel.**

Jeder, der noch in einem festen Arbeitsverhältnis steht und regelmäßiges Einkommen hat, muß sich verpflichtet fühlen, zu helfen. Handelt es sich doch bei den Hilfsbedürftigen teilweise um solche, die schon seit Jahren erwerbslos sind und bei denen die Not groß ist.

Öffnet zu diesem Liebeswerk Herzen und Hände! Sammlerinnen und Sammler werden in Kürze vorsprechen. Darum bereithalten, was für die Not- und Winterhilfe bestimmt ist.

Burscheid, im Oktober 1932.

Vaterländischer Frauen-Verein — **Evang. Frauen-Verein**
Kath. Mütter-Verein — **Sanitätskolonne v. Roten Kreuz**
Gewerbe-Verein — **Fabrikanten-Vereinigung**
Ortskartell d. Deutschen Beamtenbundes — **Arbeiter-Wohlfahrt**
Evang. Kirchengemeinde Burscheid — **Kath. Kirchengemeinde Burscheid**

Namens der Stadtverwaltung: Rohde, Bürgermeister.

In der Nacht vom 12. zum 13. Oktober wurde mir auf der Weide eine hochtragende Kuh getötet. Wer mir, oder der Perleberger Vieh-Versicherung in Köln, Gilbachstraße 19, Angaben machen kann, die zur Ermittlung der Täter führen, erhält

50 RM Belohnung

Heinrich Minor, Blecher.

Wegen Stellungsabbau verk. ich sof. neues noch nicht gebr. schwer eich. Schlafzimmer, alles rund m. nußbaum verziert und guten Kapokmatratzen u. Seidendecken RM 530. Elegt. Naturküche, 2 Schränke, komplett RM 250. Chaiselongue u. Sofa. Eilangebote u. Offert. u. „K. M. 39" a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Prima Hammel-Fleisch

(70 und 80 Rpf pro Pfund) ab Freitag-Nachmittag abzugeben. Bestellungen bei: Sixt, Burscheid, Hauptstraße 92, Telefon 530.

Kleines Anwesen

oder 3- bis 4-Zimmer-Wohnung mit etwas Land zu mieten gesucht.

Josef Theis, Bornheim.

Schöne 2 Zimmer-Wohnung

direkt am Bahnhof Kuckenberg zum 1. November zu vermieten.

Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

3-Zimmer-Wohnung

m. Abstellraum (evtl. Speicherz.), Waschk., elekr. Licht u. Garten, in Burscheid oder Nähe zu mieten gesucht. Ang. m. Preis u. „WM 100" a. d. Geschäftsst. dsr. Ztg.

Schreib-Maschine

„Orga-Privat" fast neu, billig abzugeben.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Der bestellte

Weißkohl

kann an meinem Lager abgeholt werden.

Oskar Kämper
Burscheid.

Gelegenheitskauf
Echt Eichen Schlafzimmer

beste Qualität, Schrank 2 Meter breit mit Zügen, für 350 RM. zu verkaufen.

Hilgen, Kölnerstraße 6.

Wer

Anzeigen sät,
wird Bestellungen ernten!

Bergischer Volksbote

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid

Burscheider Zeitung

Nr. 246 2. Blatt Mittwoch, 19. Oktober 1932

Grippezeit

Sobald die regnerischen, nebligen Herbsttage kommen, hört man wieder ein Wort, das alle fürchten: Influenza. Das heißt, heute nennt man es meist Grippe, aber wer es hat, dem ist es einerlei. Ob Influenza, ob Grippe, der Zustand ist scheußlich!

Die große Grippe-Epidemie, die so viele Menschenleben forderte, liegt jetzt schon vierzehn Jahre zurück. Hätte damals der Krieg nicht alle Gedanken in Anspruch genommen, so würde man von dieser unheimlichen Epidemie noch viel mehr Aufhebens gemacht haben.

Im Herbst 1918 hatte die Krankheit wohl ihren gefährlichsten Höhepunkt erreicht. Damals kam es oft vor, daß sie innerhalb achtundvierzig Stunden zum Tode führte. Allgemein wurde beobachtet, daß die kräftigsten Leute ihr eher zum Opfer fielen als die schwächlichen und alten.

Die Influenza ist bis in das Jahr 1510 zurückzuverfolgen. Damals ging sie von Rußland aus und verbreitete sich über ganz Europa. Ueberhaupt hat man festgestellt, daß die großen Influenza-Epidemien immer von Osten nach Westen gehen.

Schlimme Influenza-Epidemien brachte auch das achtzehnte Jahrhundert, besonders das Jahr 1795. Damals brach die Krankheit nach einem sehr strengen Winter aus, und es wurden nicht nur Menschen, sondern auch Tiere von ihr befallen. Besonders Pferde waren schlimm in Mitleidenschaft gezogen. Damals zerbrach man sich den Kopf über die Ursachen der Krankheit, und ein Gelehrter schrieb: „Diese Epidemie ist augenscheinlich die Wirkung irgendwelcher unfeststellbarer Eigenschaften der Atmosphäre, da sie sich mit erstaunlicher Schnelligkeit über Meer und Land verbreitet, unbeeinflußt durch Hitze oder Kälte, Trockenheit oder Feuchtigkeit". — Eine interessante Feststellung machte ein anderer, der nämlich angibt, daß die schlimmsten Influenza- oder Grippe-Epidemien nach großen Eruptionen oder Erdbeben aufgetreten seien. Auch er meint, daß die Ansteckungskeime die Bewohner einer Insel mit einem Schlage erkrankten. Er gibt einige Ratschläge, wie die Influenza zu bekämpfen sei, die noch heute nach mehr als hundert Jahren beachtenswert sind: Man soll die natürliche Kraft des Organismus stärken. Ein optimistisches Gemüt, gute, reichliche Nahrung, häufige Bäder, viel Trinkwasser helfen dazu, den Körper unempfänglich zu machen.

Hilf und gib der Not- und Winterhilfe

Die gelben Blätter der Bäume gleiten und segeln mit dem stürmischen Herbstwind durch die Straßen unserer Stadtgemeinde. Der Sommer ist endgültig vorbei und nur wenige Wochen noch, dann wird vor unseren Türen der Winter stehen und mit ihm eine Zeit gesteigerter Not. Alle Kräfte müssen wachgerüttelt und zusammengefaßt werden, um dem kommenden Winterelend zu steuern. Millionen deutscher Volksgenossen sehen den kommenden Monaten mit schwersten Sorgen entgegen. Es fehlt an Arbeit, an Einkommen, an Brot, es fehlt an allem, um eigenen Hunger und um den Hunger unglücklicher Kinder zu stillen. In solcher Notzeit muß eine Welle des Mitleids und der tätigen Hilfsbereitschaft durch das ganze Volk gehen. Keiner, dem Arbeit noch Brot gibt, keiner, der noch einen, wenn auch nur geringen Ueberfluß hat, darf sich ausschließen von dem großen Werk der Hilfe, das in diesem Winter alle Deutschen einen soll. Dieser Aufgabe gegenüber hat der Streit der Parteien zu schweigen, hier darf es keine Klassen- und Standesunterschiede geben — alle müssen einig sein in der Erfüllung einer höchsten menschlichen und vaterländischen Pflicht. Es geht darum, den Hunger fernzuhalten von deutschen Brüdern und Schwestern. Es gilt zu helfen, wo geholfen werden muß. Alle Mann an Bord! Das ist die Parole der kommenden Wintermonate.

Auch vor vielen, vielen Türen unserer Vaterstadt wird die Not, wird Frau Sorge stehen. Es ist darum selbstverständliche Pflicht und ehrenvolle Aufgabe aller, dem notleidenden Mitmenschen zu helfen.

Wiederum wie im Vorjahre haben sich Vaterländischer Frauenverein, Evangelischer Frauenverein, Katholischer Mütterverein, Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, Gewerbeverein, Fabrikantenvereinigung, Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes, Arbeiterwohlfahrt, Evangelische Kirchengemeinde Burscheid und Katholische Pfarrgemeinde Burscheid zusammengeschlossen, um ihre Kräfte in den Dienst der Sammlung für die Not- und Winterhilfe zu stellen. Im vergangenen Jahre haben die genannten Vereine und Verbände mit großem Erfolg arbeiten und die Not lindern helfen können. Und auch jetzt sind umfassende Vorbereitungen getroffen, um mit Eintritt des Winters schlagfertig da zu stehen. In aller Stille hat man weiter gearbeitet und hat dafür gesorgt, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, um auch in diesem Jahre wieder, trotz der erschwerten Wirtschaftslage, zu helfen, wo es notwendig ist und so weit und so gut es eben möglich ist. Diese Möglichkeiten zu schaffen aber ist Aufgabe und Ehrenpflicht der Bürgerschaft, soweit sie noch in der glücklichen Lage ist, helfen und Not lindern zu können. An diesen Teil der Bürgerschaft, dem die schwere Zeit der Not noch nicht alles genommen hat und der noch in der Lage ist, von dem, was er hat, auch anderen zu geben, die nichts haben, geht der Ruf um Hilfe. An sie ist auch der Aufruf gerichtet, der im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlicht ist, in dem es u. a. heißt:

Die Not in den Familien der Hilfsbedürftigen, deren Zahl gegenüber dem Vorjahre noch gestiegen ist, ist groß. Es ist ihnen nicht möglich von den kargen Unterstützungen Brennstoff und Kartoffeln zu kaufen. Auch sonst fehlt es an allem Notwendigen. Es ergeht deshalb an alle der Ruf: Hilf und gib! Die Sammlung soll umfassen wie auch im Vorjahre: Geld, Brennstoff, Kartoffeln, Kleidung und Lebensmittel. Oeffnet zu diesem Liebeswerk Herzen und Hände!

Sammlerinnen und Sammler werden in Kürze vorsprechen. Bereite sich jeder, der noch etwas übrig hat, darauf vor und schließe sich keiner von der Sammlung aus. Alle müssen helfen, wenn das große und schwere Werk so gelingen soll, wie es notwendig ist!

Aus der Heimat

Ball in Blecher

Ein neuer Musikverein unter dem Namen Blasorchester Blecher veranstaltet am kommenden Sonntag, den 23. Oktober, seinen ersten Ball bei Herrn Fritz Hemmelrath, daselbst. Genußreiche und gemütliche Stunden mit Ueberraschungen werden geboten, wie das in Blecher üblich ist. Hoffentlich bessert sich der Wettergott, auf daß aus der Ferne Tanz- und Frohsinnlustige noch mal ihre Richtung nach Blecher einschlagen können. Es ist auch selbstverständlich zu begrüßen, wenn eine gute Beteiligung eine Musiksache unterstützt, weil der Verein alles daransetzt, der Allgemeinheit zu dienen. 12 Mann Besetzung werden zum Tanze aufspielen.

Siehe Anzeige in nächster Freitagausgabe.

Beginn der Oelberger Abonnements-Konzerte

Am Sonntag, den 6. November, eröffnet der Oelberger Musikverein seine neue Konzertsaison mit einem „Max Bruch-Abend". Als Solist wurde dazu der 1. Konzertmeister des westdeutschen Rundfunk-Orchesters, Herr Bronislaw Mittmann (Violine), verpflichtet.

Die beiden weiteren Konzerte sind festgesetzt worden auf den 15. Januar und 2. April 1933.

Näheres in späterer Ausgabe dieser Zeitung.

Zur kommenden Reichstagswahl

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe weist Herr Bürgermeister Rohde in einer Bekanntmachung darauf hin, daß allen Wahlberechtigten der Stadtgemeinde Burscheid, die in die neu aufgestellte Stimmliste eingetragen sind, eine Benachrichtigungskarte über diese Eintragung zugegangen ist. Personen, die eine solche Karte nicht erhalten haben, müssen annehmen, daß sie in den Stimmlisten nicht geführt werden und tuen gut, die Stimmlisten während der Auslegungsfrist, die bis zum kommenden Sonntag, den 23. Oktober, einschließlich läuft, einzusehen und richtigstellen zu lassen.

Stimmscheine für Wahlberechtigte, die gezwungen sind, die Wahl außerhalb ihres Stimmbezirks auszuüben, erhalten Stimmscheine im Rathaus, Zimmer 10.

Geheimnisvolle Tiertötung

In einer der letzten Nächte wurden einem Viehhalter in Blecher auf der Weide eine hochtragende Kuh getötet; zwischen den Hörnern befand sich die Einschlagstelle eines Schusses. Die unbekannten Täter haben die getötete Kuh auf der Weide liegen lassen, sodaß die Annahme besteht, daß sie bei ihrem Treiben gestört worden sind oder aber einen Racheakt ausführten.

Der Geschädigte setzt im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe 50 RM Belohnung demjenigen aus, der Angaben machen kann, die zur Ermittlung der Täter führen.

Ein Herbstgewitter

mit gewaltigen Regenschauern zog in der heutigen Morgenfrühe kurz nach 6 Uhr über unser Städtchen dahin, nachdem am gestrigen Tage ein tüchtiger Herbststurm hier gewütet hatte, der in den Obsthöfen und Gärten manchen Schaden anrichtete. Vielfach sah man umgeknickte Bäumchen und abgerissene Aeste, an denen der wilde Geselle seine Kraft probiert hatte. Aber wir sind mitten im Herbst und müssen uns die Wetterlaunen schon gefallen lassen.

Vorsicht! Laubfall von den Bäumen

Infolge der Stürme der letzten Tage ist viel Laub niedergegangen, und in den nun wahrscheinlich folgenden kälteren Tagen und Nächten werden sich Baum und Strauch, die sich in diesem Jahre außergewöhnlich lange im frischen Grün erhalten haben, weiterhin schnell entlauben. Damit ist eine Gefahr für Fußgänger verbunden, die auf glattem Plattenbelag der Bürgersteige, wenn sich nasses, schlüpfriges Laub befindet, leicht ausgleiten und zu Fall kommen können. Die zur Reinigung der Bürgersteige Verpflichteten können das Laub der Straßenbäume nicht ständig beseitigen. Darum heißt es, vorsichtig zu gehen, damit Unfälle vermieden werden.

Der Reichskanzler wird zum Handwerk sprechen

Wie wir erfahren, wird am kommenden Montag, den 24. Oktober, bei einer Obermeistertagung des Berliner und märkischen Handwerks Reichskanzler von Papen sich über die Stellung der Regierung zu den Fragen des Handwerks äußern. Den Ausführungen wird mit besonderm Interesse entgegengesehen werden müssen, kommt es doch darauf an, zu hören, ob den wiederholten Vorstellungen der Spitzenvertretungen des Handwerks, die Maßnahmen der letzten Notverordnung so zu ergänzen, daß sie dem Mittelstand und damit dem Handwerk größeren Nutzen bringen, stattgegeben werden soll.

Die Rede des Reichskanzlers soll auf Wachsplatten aufgenommen und durch Rundfunk verbreitet werden.

Reformationsfest und Allerheiligen schulfrei

Wie die Pressestelle des Oberpräsidiums mitteilt, hat der Oberpräsident der Rheinprovinz angeordnet, daß am Montag, den 31. Oktober, (Reformationsfest) und am Dienstag, den 1. No-

Freiw. Arbeitsdienst und ev. Kirche

Die evangelischen Landbeauftragten für den Freiwilligen Arbeitsdienst waren zu mehrtägigen wichtigen Beratungen in Berlin versammelt, an denen auch die Sachbearbeiter der kirchlichen Behörden teilnahmen. Der Reichsbeauftragte, Dr. von Viebahn-Spandau, gab einen Ueberblick über den Stand der Arbeit. Von evangelischen Organisationen sind bis jetzt (letzte Zählung: Mitte September) rund 400 Prospekte, meist geschlossene Lager, geschaffen worden, nachdem in Umschulungslagern und dergl. (z. B. Siegmarshof in Westfalen) schon seit Jahren gründliche Vorarbeit geleistet worden war. Dienstträger sind insgesamt 22 evangelische Verbände und Organisationen, so z. B. die Evangelisch-soziale Schule in Spandau, verschiedene evangelische Jugendbünde, Volkshochschulheime, Verbände der Inneren Mission, der Arbeitsdienst von Bethel u. a. Die evangelischen Landesbeauftragten, die für die Bezirke der Landesarbeitsämter bestellt sind, haben die Aufgabe, auf eine einheitliche evangelische Haltung im Freiwilligen Arbeitsdienst hinzuwirken. Der Zudrang der Jugendlichen aus allen Kreisen der Bevölkerung und allen politischen Gruppen ist ein außerordentlich starker, so daß die Zahl der evangelischen Lager dauernd steigt.

Im Mittelpunkt eingehender Erörterungen stand die Bildungsarbeit und die Freizeitgestaltung im Freiwilligen Arbeitsdienst. Ein entscheidender Nachdruck — so wurde betont — sei auf die Wahrung der Freiheit der Dienstträger und des Grundsatzes der Selbstverwaltung im FAD zu legen. Aus der freiwilligen Bereitschaft der Jugend seien dem Arbeitsdienst die stärksten sittlichen Antriebe erwachsen; sie müsse man erhalten. Jede Verquickung der sozialpädagogischen Gedanken des FAD mit fürsorgerischen Maßnahmen wurde abgelehnt. Auf dem Gebiet der Führerschulung komme dem Staat in erster Linie die organisatorische und technische Vorbereitung zu, während die innere Gestaltung der Führerschulung — bei aller Anerkennung des staatlichen Aufsichtsrechts — im wesentlichen Sache der freien, weltanschaulich bestimmten Dienstträger sei. Für Parteipolitik sei im FAD kein Raum. Die Bedeutung des FAD für die Charakterbildung des jungen Menschen und für das Werden einer neuen Gemeinschaft — so wurde abschließend betont — erfordere die Zusammenfassung der Dienstwilligen in Lebens- und Gesinnungsgemeinschaften. Dazu seien die religiösen Kräfte unentbehrlich.

Die evangelische Kirche entnimmt daraus Recht und Verpflichtung, an der Gestaltung des Freiwilligen Arbeitsdienstes tätig mitzuarbeiten, um dazu zu helfen, daß der Freiwillige Arbeitsdienst seine großen, in die Zukunft weisenden Aufgaben zum Besten unseres Volkes erfüllen kann.

Tagung in Neuenhaus-Hilgen

Am heutigen Mittwoch und morgigen Donnerstag findet im Gemeindehaus zu Neuenhaus-Hilgen eine Führertagung des Zweckverbandes der Wohlfahrtspflege treibenden evangelischen Vereinen und des Zweckverbandes der Jugendpflege treibenden evangelischen Vereine des Rhein-Wupper-Kreises statt.

Die Tagung sieht folgende Verhandlungsgegenstände vor: Mittwoch, 2,15 Uhr, Vortrag von Fräulein Hackenjost von der Kreisverwaltung Opladen über: Die Aufgaben der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege im Blick auf die Winterhilfe im Rhein-Wupper-Kreis. 4,15 Uhr, Vortrag des Missionsdirektors Herrn D. Warneck-Barmen über: Jugendprobleme unter der Batakjugend auf Sumatra. Abends 8 Uhr: Gemeinde-Missionsabend in der Kirche mit Missionsvortrag von Herrn D. Warneck. — Donnerstag, 8,30 Uhr, Vortrag von Herrn Pfarrer Schloßmacher-Köln über: Das geistige Gesicht der heutigen Jugend. 10,30 Uhr, Vortrag des Herrn Provinzialjugendpfarrers Dr. Voß-Düsseldorf über: Sinn und Wesen evangelischer Jugendführung. 2,15 Uhr, Vortrag von Herrn Pfarrer Winkler-Wermelskirchen und Herrn Pfarrer Schönenberg-Dabringhausen über: Die Gefahren der Politisierung der kirchlichen und Vereinsjugend. 4,15 Uhr, Vortrag von Herrn Provinzialjugendpfarrer Dr. Voß-Düsseldorf über: Die Aufgaben des freiwilligen Arbeitsdienstes in der evangelischen Jugendarbeit. Anschließend Vortrag des Herrn Kreisbaumeisters Reinschmidt-Opladen über: Die praktische Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Im Anschluß an die Vorträge ist Zeit für eine ergiebige Aussprache.

Herzlich willkommen zu dieser Tagung sind außer den Pfarrern alle an der evangelischen Wohlfahrtspflege und an der evangelischen Jugendpflege interessierten führenden Persönlichkeiten, sonderlich die verantwortlichen Leiter und Leiterinnen von evangelischen Verbänden, namentlich auch die in der Wohlfahrtspflege tätigen Pfarrfrauen und Vorsitzende der Frauenvereine. Auch die Kreisverwaltung wird wegen der Bedeutung der Fragen an der Behandlung teilnehmen.

Erleichterung für Expreßgut

In Geschäftskreisen ist eine Erleichterung in der Beförderung von Expreßgut anscheinend noch wenig bekannt, die bei der Deutschen Reichsbahn ab 15. Juli 1932 durchgeführt worden ist. Danach können auf eine Expreßgutkarte (auch Nachnahme-Expreßgutkarte) bis zu 10 Stück Expreßgut aufgeliefert werden, während bisher nur 5 Stück zugelassen waren. Die Eisenbahnverwaltung kann außerdem für Sendungen besonderer Art Ausnahmen zulassen und sie an besondere Bedingungen knüpfen.

vember, (Allerheiligen) an allen Schulen der Rheinprovinz der Unterricht ausfällt. Dementsprechend werden die Weihnachtsferien um einen Tag gekürzt, sodaß diese Ferien am Freitag, den 23. Dezember 1932, beginnen und am Dienstag, den 10. Januar 1933, statt Mittwoch, den 11. Januar, der erste Schultag ist.

Verbotene Signalinstrumente für Kraftfahrzeuge

Amtlich wird mitgeteilt: Es werden jetzt Signalinstrumente für Kraftfahrzeuge auf den Markt gebracht, die mehrere verschiedene Töne, nicht zu gleicher Zeit, sondern einzeln hintereinander abgeben. Die Verwendung solcher Signalinstrumente ist verboten und strafbar. Bei mehrtönigen Signalinstrumenten müssen die verschiedenen Töne gleichzeitig in einem harmonischen Akkord ausklingen. Nur für Kraftfahrzeuge der Feuerwehr, im Dienste der Wehrmacht, der Reichspost und der Polizei sind Ausnahmen zugelassen.

Handel in Gaststätten nach Ladenschluß

Der Deutsche Industrie- und Handelstag in Berlin und die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels haben in einer längeren Eingabe an den Reichswirtschaftsminister und den Reichsarbeitsminister eine wirksame Bekämpfung der Mißstände gefordert, die sich auf dem Gebiet des Warenhandels außerhalb der Ladenschlußzeiten in den letzten Jahren herausgebildet haben und immer stärker die Ladengeschäfte, die an die Ladenschlußzeiten gebunden sind, schädigen. Diese Mißstände haben ihre Ursachen zum Teil in der Entwicklung der Gesetzgebung, die dem Grundsatz gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem Gebiet der Ladenschlußzeiten widersprechen, zum Teil in einem Ueberhandnehmen der Gesetzesübertretungen. Die Eingabe schildert dann eine Reihe von Verstößen, die in erster Linie den Warenhandel in Trinkbuden und Gaststätten nach Ladenschluß betreffen. Durch eine strengere Anwendung der geltenden Gesetzesbestimmungen könne jetzt schon ein großer Teil der Mißstände beseitigt werden.

Wenn einer eine Reise tut . . .

dann muß er wissen, wo sich die Konsulate der einzelnen Staaten befinden. In Köln sind folgende Staaten durch Generalkonsulate vertreten: Belgien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Japan, Oesterreich, Persien, Rumänien, Schweiz, Ungarn. Konsulate gibt es dann weiter in Köln für folgende Staaten: Argentinien, Amerika, Bolivien, Brasilien, Chile, China, Kolumbien, Dänemark, Dominikanische Republik, Ekuador, Estland, Finnland, Haiti, Lettland, Litauen, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Peru, Portugal, Schweden, Siam, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei und Venezuela. — In Berlin sind die Konsulate von Afghanistan, Irland, Abessinien, Aegypten (auch in Hamburg), Räterußland, Nikaragua (auch in Hamburg). Insgesamt sind im Deutschen Reich 57 Staaten durch 790 Konsulate bezw. Generalkonsulate vertreten.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Bürgersteuer abgelehnt

Berg. Neukirchen, 19. Okt. Die gestrige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verlief in friedlicher Beratung. Das Kollegium konnte die 12 Punkte umfassende Tagesordnung in der kurzen Zeit von einer Stunde erledigen. Bezeichnend war dabei, daß die Aussprache recht sachlich geführt wurde. Nach der Einführung eines neuen Stadtverordneten wurden die Beschlüsse fast ausschließlich im Sinne der Verwaltungsvorschläge gefaßt. Bei mehreren Abstimmungen war sogar Einstimmigkeit zu verzeichnen. Einmütig war das Kollegium allerdings auch in der Ablehnung der überall unerwünschten Bürgersteuerfestsetzung für 1933. Außerhalb der Tagesordnung brachte die kommunistische Fraktion einen Antrag der Arbeitslosen auf Winterhilfe vor. Ueber den Antrag konnte der Bürgermeister eine Aussprache nicht zugelassen, weil dies einmal der Geschäftsordnung entgegensteht und zum anderen die Beschlußfassung hierüber aus gesetzlichen Gründen nicht zulässig ist. Gut geheißen wurde ein scharfer Protest gegenüber dem Bezirksfürsorgeverband, wegen der Einreihung der Stadtgemeinde Bergisch Neukirchen in die unterste Klasse des Unterstützungsbezuges.

Speisung von 1000 Schulkindern

Leverkusen, 19. Okt. Am Freitag ist im Rathaus eine abschließende Besprechung sämtlicher Schulleiter mit der Verwaltung wegen der Schulkinderspeisung, die am 1. November im Ledigenheim der IG beginnt. Es wird den Kindern ein reichliches, gutes, warmes Mittagessen verabfolgt. Wie im vergangenen Jahr werden die Kinder unter Aufsicht der Lehrer zur Speisung geführt. Die Zahl der zu Speisenden beträgt zunächst 500 und wird durch Auswechslung mit andern auf etwa 1000 Schulkinder ausgedehnt. Die Auswahl der Kinder erfolgt durch die Lehrer, nicht durch das Wohlfahrtsamt.

Die unverantwortliche Autoraserei

Leverkusen, 19. Okt. Gestern mittag kam es durch die unverantwortliche Autoraserei auf der Düsseldorfer Straße zu einem Verkehrsunfall, bei dem es glücklicherweise nur Sachschaden gab. Ein Auto, das aus Richtung Opladen kam, wollte auf der Dhünnbrücke einen vor ihm herfahrenden Radfahrer überholen. Zugleich kamen aus der entgegengesetzten Richtung zwei andere Wagen, von denen ebenfalls auf der Höhe der Dhünnbrücke einen den anderen überholen wollte. Der Radfahrer und das ihm folgende Auto konnten einen Unfall nur dadurch vermeiden, daß sie auf den Bürgersteig fuhren, wobei der Radfahrer von dem Wagen ziemlich bedrängt wurde. Die beiden aus Köln kommenden Autos stießen gegeneinander. Es blieb bei dem Sachschaden. Personen kamen nicht zu schaden.

Wenn man allein auf dunkler Straße . . .

Langenfeld, 19. Okt. Erhebliche Aufregung verursachte in der Nacht zum Dienstag eine 65jährige Frauensperson, die sich auf der Wanderschaft nach Köln befand. Die Wanderung auf der dunklen Straße war ihr unheimlich geworden. Sie schrie einfach um Hilfe, bis die Anwohner sich ihrer annahmen. Die Polizei sorgte für Abtransport in ihre Heimat.

Ein Bettlertrick

Langenfeld, 19. Okt. In der Hauptstraße wurde am Montagabend gegen 11 Uhr ein angeblich hilfloser Mann, der sich Passanten gegenüber durch Zurufe bemerkbar machte, aufgefunden. Die Polizei nahm ihn nach entsprechender Verpflegung in Polizeigewahrsam. Es handelt sich um einen gewohnheitsmäßigen Bettler, der auf diese Weise billige Unterkunft zu erlangen versucht.

Der Leichtsinn endete mit einem Unfall

Leichlingen, 19. Okt. Auf dem Kirmesplatz hatte an den Obstmarkttagen eine sog. Schwebebahn Aufstellung genommen. In ihrem Nachahmungstrieb fertigten sich Jungen von Förstchen im Walde zwischen den Bäumen eine ähnliche Einrichtung an. Kaum war das „Vergnügungsetablissement" eröffnet, als ein Junge gegen einen Baum prallte und einen Oberschenkelbruch erlitt. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Stadtverordneten-Sitzung

Wermelskirchen, 19. Okt. In der vorgestrigen Sitzung nahmen die Stadtverordneten die von der Verwaltung vorgeschlagene Bürgschaftsübernahme für die Stadtrandsiedlung nach längerer Aussprache an. Es handelt sich um die Bürgschaft für das Reichsdarlehen von 40 000 Mark, die für die Errichtung von Siedlerstellen bewilligt sind. Die Wirtschaftspartei hatte einen Antrag auf Aufhebung der neueingeführten Ordnung bezüglich der Straßenreinigungsgebühren eingebracht, der auch von der Mehrheit angenommen wurde. Die Verwaltung, infolge der schwierigen Finanzlage der Gemeinde auf jede Einnahme angewiesen, dürfte diesen Beschluß beanstanden. Ueber die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgebrachten Anträge auf Winterhilfe für die Bedürftigen sowie Reglung ärztlicher Behandlung soll ein besonderer Ausschuß unter Hinzuziehung des Kreiswohlfahrtsamtes beraten. Nach der Wahl der vier Mitglieder in den Sparkassenvorstand, wurde Herr Friedrich Gerresheim zum neuen Schiedsmann bestellt.

Drei Monate Gefängnis für einen rückfälligen Dieb

Radevormwald, 19. Okt. Am 22. Juli d. J. wurde im Haus der Familie G. in Hahnenberg, deren Angehörige mit Feldarbeiten beschäftigt waren, ein Einbrecher dabei überrascht, als er in der unbewachten Wohnung Kisten und Kasten durchstöberte. Der Dieb versuchte zu entkommen, konnte aber von Nachbarn daran gehindert werden, so daß er durch Landjägereibeamte dem Remscheider Untersuchungsgefängnis zugeführt werden konnte. Es handelt sich um einen oft vorbestraften Verbrecher aus Hagen, der steckbrieflich gesucht wurde und wegen verschiedener Delikte (falsche Namensnennung, Diebstahl im Rückfalle usw.) noch ein halbes Jahr abzusitzen hatte. Wegen des Einbruchs in Hahnenberg wurde der Einbrecher zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Die Last der Städte

Welch hohe Summen die Stadt Wuppertal in der letzten Zeit für die Wohlfahrtsunterstützungen aufbringen mußten, zeigt eine Aufstellung der Stadtverwaltung in eindringlicher Form. Während im Jahre 1913 bei einem Steueraufkommen von 16,3 Millionen RM 3,6 Millionen RM gleich 22,3 Prozent für Wohlfahrtsunterstützungen aufgewendet wurden, wurden 1931 für denselben Zweck 22,3 Millionen bei einem Aufkommen von 33,2 Millionen RM gleich 67,2 Prozent verbraucht. Noch krasser scheint das Verhältnis in diesem Jahre zu werden, wo in den ersten sechs Monaten bereits 13 Millionen RM für Wohlfahrtsunterstützungen bei einem Aufkommen von 14 Millionen verbraucht wurden.

Selbstjustiz von zarter Hand

Vor dem Wuppertaler Schwurgericht ereignete sich gestern ein heiterer Zwischenfall. Ein Invalide war des Meineides angeklagt, da er in einem Ehescheidungsprozeß ausgesagt hatte, mit zwei Frauen Verkehr gehabt zu haben, was diese jedoch bestritten. Auch in der Verhandlung blieb der Angeklagte bei seiner Behauptung. Das brachte die eine der beiden jungen Frauen so in Zorn, daß sie, als sich das Gericht zur Beratung zurückgezogen hatte, blitzschnell an die Anklagebank heranging und den Angeklagten mit Schlägen traktierte. Auch als dieser sich wehrte, schlug sie weiter auf den Verleumder ein, sodaß erst zwei Justizwachtmeister die Streitenden trennen mußten. Der Invalide wurde zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Wuppertal. Die Lähmungsgefahr vorbei. Erfreulicherweise sind im Stadtteil Ronsdorf keine weiteren Fälle von Kinderlähmung aufgetreten, so daß die vorübergehend geschlossenen Schulen am Mittwoch wieder geöffnet werden können.

Wuppertal. Ein magerer Vergleich

Geschichtliches über Bergische Obstkammern

Von Hugo Willms, Bergisch Neukirchen

Wer's noch nicht weiß, dem sei es ins Gedächtnis geschrieben: Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Bergisch Neukirchen das Urgebiet und der Bahnbrecher des bergischen Obstbaues war. Und wer will's bestreiten, daß das schöne Landstädtchen heute noch das Kernstück der Obstzucht ist. So auch legte M. Schmidt-Solingen in seinem eindringlichen Buch „Geschichtliche Wanderungen" fest: „Berg. Neukirchen nimmt inbezug auf Landwirtschaft und Obstzucht die erste Stelle unter den Gemeinden des Kreises ein. Nicht mit Unrecht trägt sie mit kleineren Distrikten der Gemeinde Leichlingen die Bezeichnung: „Bergische Obstkammer". Also verkörpert Berg. Neukirchen mit seinem ganzen Gebiet, Leichlingen nur mit einem kleinen Teil die „Obstkammer". Den Spender dieses Titels konnte man bisher leider nicht ausfindig machen, wahrscheinlich wird es Rat Deycks gewesen sein.

Geschichtlich gehen die Anfänge des Neukirchener Obstbaues bis Anfang des 13. Jahrhunderts zurück. Als erster planmäßiger Förderer wird in der Ueberlieferung der Notar Adolf Flandrian zu Neukirchen-Unterölbach genannt. Er war es, der den Ertrag der Obstbäume zu werten und mit unermüdlichen Anleitungen und Vorschlägen die Einwohner anzueifern wußte. Nicht nur das tat er im Interesse der Bauern. Auch deren Befreiung vom „Zehnten", zu dessen Leistung die meisten Güter von altersher an den Chorbischof des St. Gereonstiftes Köln verpflichtet waren, gelang ihm in großem Umfange. Neukirchen wurde dadurch viel früher aus der Bedrückung emporgehoben als die Umgegend. Notar Flandrian verschied nach Erzielung reicher Erfolge im Jahre 1610. Seinem Einfluß ist zuzuschreiben, daß der Neukirchener Obstbau in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Symbol erhielt. Das Kirchspiel hatte die seit 1555 geführte eigene Gerichtsbarkeit aufgegeben und mit der Pfarrei Schlebuschrath das Gericht Schlebusch gebildet. Das Siegel dieses Gerichts zeigte hindeutend auf den Neukirchener Obstbau im unteren Felde einen abgestutzten Apfelbaum mit zwei Zweigen, an welchen je 5 Blätter und 5 Aepfel waren, während im oberen Felde der Bergische Löwe teils wiedergegeben war. Die Fortsetzung des Flandrian'schen Werkes der Obstbaumpflege war dessen Sohn Heinrich, der 1611 ebenfalls Notar wurde, überlassen. Wie sehr Vater und Sohn für die Obstzucht in der Heimat gewirkt und geworben hatten, bewies am besten die wesentliche Vermehrung der Obstgärten. Schon gegen Ende des 17. Jahrhunderts zählte das Neukirchener Kirchspiel 112 Morgen solcher Anlagen. Den Wert eines Morgens Obsthof schätzte man im Jahre 1649 auf 80—100 Taler, im Vergleich dazu das Ackerland auf 35—50 Taler.

Mit dem Lauf der Zeit steigerte sich das Interesse am heimischen Obstbau beharrlich weiter. Von der Nützlichkeit des Obstes und dem Verkaufsgewinn wurden die Bewohner nach und nach mehr überzeugt. Gar bald waren alle Obstarten in den Baumhöfen zu finden, so Pflaumen, Kirschen, Birnen und Aepfel, Wall-, Hasel-, Lambertsnüsse, Schlehen, Mispeln, zuweilen auch Quitten. Man kam auch dahinter, daß sich die Früchte nicht nur gut essen, sondern auch vorzüglich verarbeiten ließen. Aus Birnen, Pflaumen und Kirschen wurde nun Syrup oder Kraut, aus Aepfel Wein und Essig hergestellt. Ein sehr bezeichnendes Dokument gab 1729 der Jülich-Bergische Hofkammerrat Wülffing heraus. Er schrieb über Neukirchens Wohlstand folgendes: „. . . . und Neukirchen seyend evangelisch-lutherischer Religion, haben ihre Kirchen und Schulen, tragen bey Sommer-Zeit Kirschen, Aepfel, Bieren, Butter, Käse, Hüner, Eyer, Bieren- und Kirschenkraut auf Cöllen (Köln), und gibt es allhier fette (reiche) Einwohner". Interessant ist auch ein anderes Dokument über das Herzogtum Berg von 1715, in dem es heißt, daß aus Neukirchen das meiste Obst ausgeführt und in die Schiffe auf den Rhein gebracht wurde.

Zur eigenen Verwertung des Obstes gab es damals schon Dörr- und Preßvorrichtungen. Ein jeder Bauer hatte einen feststehenden Backofen oder ein Backhaus. Darin wurden Pflaumen und zerschnittene Aepfel und Birnen getrocknet. In einer primitiven Obstpresse quetschte man den Saft aus den gekochten Früchten. Die Presse bestand gewöhnlich nur aus einem starken korbähnlichen Geflecht, das auf einem dicken Bohlen befestigt war und neben einem dicken Obstbaum stand. In einem großen viereckigen Loche stand das eine Ende eines langen Zimmerstückes (Balken oder Baum), welches vorne mit Lasten beschwert wurde, um dadurch den Druck auszuüben. Das Einkochen des Saftes geschah in einem großen Kessel über einer Feuergrube unter freiem Himmel. Da diese Art Pressen aber nicht allen Saft ausdrücken konnten, kamen sie bald nach 1820 außer Gebrauch. Johann Wirtz aus Neukirchen hatte inzwischen im Jahre 1811 eine neue Presse eingerichtet, deren Kraft durch eine einfache Vorrichtung verstärkt werden konnte. Nach ihrem Muster wurden dann in der engeren und weiteren Umgegend weitere erbaut, die aber 1830 auch wieder durch die hydraulische Presse verdrängt wurden, welche Johann Wirtz jr. erfunden hatte. 1845 waren in Neukirchen insgesamt sechs solcher Pressen, sogenannte Krückespaschen, darunter zwei hydraulische. Die neue, wie die alte Vorrichtung fanden nach und nach über die ganze Provinz Verbreitung, bis ins Ahrtal, nach Westfalen, sogar nach Holland. Neukirchener Einwohner legten sie in jenen Gegenden selbst an und betrieben sie, oder Leute von hier wurden dahin berufen, sie zu bauen und einzurichten. Das Kraut verschickte man in die entlegensten Gegenden, selbst nach Rußland und Nordamerika.

Als zweiter hervorragender Kopf in der Obstbaumzucht trat in den 1790er Jahren der Advokat Rat Deycks auf. Sein Wirken erschöpfte sich nicht nur auf seine an 50 Morgen große Baumschule, die ein halbes Jahrhundert hindurch am Niederrhein als Muster diente, sondern gerade in der Verbreitung seiner umfangreichen Erfahrungen bis nach Westfalen hin nahm er tätigsten Anteil. Ueberhaupt war Rat Deycks einer der strebsamsten Vermittler des gesamten landwirtschaftlichen Wissens. Zu seiner Zeit gewannen die Neukirchener Obstkulturen eine willfährige Ausdehnung und besonders die Zucht des Edelobstes ihre beste Einführung. Der Schriftsteller und Volksfreund Vincenz von Zuccalmaglio, genannt Montanus, ein Verwandter von Rat Deycks, verbreitete hauptsächlich nach dessen Tode 1850 die Lehren des Obstbaues fort. Er tat es auf theoretischem Wege, indem er eine Reihe gemeinverständlicher Schriften in die Oeffentlichkeit brachte. Einige wichtige sind: 1. Die drei Fortschrittsmänner der Bergischen Heimat, 2. Gemeinfaßliche untrügliche Anleitung, auf leicht ausführbare Weise den Ertrag des Grundbesitzes zu vervielfältigen und die Communalsteuer abzuschaffen; 3. Der Obstbau und die Bepflanzung der Wege, Straßen und Eisenbahnen.

Ueber die stetige Steigerung des Obstbaues in Neukirchen gab 1871 eine amtliche Feststellung an, daß über 200 Morgen Grundstück mit Bäumen bepflanzt waren. Der Pattscheider Geschichtler Oligschläger bemerkte einmal in seinen Aufzeichnungen, daß sich das Kirchspiel Neukirchen durch die vielen Obstbäume den benachbarten gegenüber auszeichnete. Und was Oligschläger niederschrieb, hatte schon seine Richtigkeit. Einer unserer deutschen Schriftsteller behauptete schon damals mit Recht, daß an dem Stande des Obstbaues einer Gegend die Stufe der Bildung und der Wohlstand seiner Bewohner zu erkennen sei. Auch die Staatsregierung erkannte diesen Grundsatz an. Während sie bis dahin die Straßen mit Pappeln, Eschen und Ulmen bepflanzen ließ, ging auch sie dazu über, statt dessen Obstbäume zu setzen. Die Opladen—Burscheider Bezirksstraße wurde 1871 mit etwa 400 Birnenstämmchen seitlich bepflanzt. Die bevorzugtesten Obstarten waren Pflaumen und Birnen, welche zu hohen Preisen meist nach England geliefert wurden. Eine postalische Chronik schätzte die Erträge aus den verkauften Früchten in Neukirchen auf insgesamt 30 000 Taler jährlich. Eine wahrlich hübsche Summe schon zu damaliger Zeit! Bereits 1878 wies die Gemeinde eine Obstbaumzahl von 30 234 auf. 1900 waren es schon rund 10 000 mehr. Inzwischen war der Anbau auf eine Fläche von 400 Morgen insgesamt ausgedehnt. Am 1. 12. 1913, als letztmalig die Obstbäume amtlich gezählt wurden, entfielen auf je einen ha Gesamtfläche in Neukirchen 42 Obstbäume, in Witzhelden 15, Leichlingen 24 und Burscheid 25. Innerhalb der Gemeinde Neukirchen erstreckte sich die Baumzucht auf 336 Gehöfte. Die höchsten Zahlenergebnisse zeigten die Orte Berg. Neukirchen, Imbach, Pattscheid und Hüscheid.

Qualitativ stand der Obstbau bis ins vorige

Besser als ein unsicherer Prozeß. Zwischen der Bergischen Kleinbahn A.-G. und der Barmer Firma Vorwerk u. Sohn ist jetzt ein langjähriger Prozeß durch einen Vergleich beigelegt worden. Die Firma Vorwerk hatte der Kleinbahn A.-G. Grundstücke zur Benutzung übereignet mit der Verpflichtung, die Kleinbahn in einer bestimmten Richtung auszubauen, in der die Firma weitere Grundstücksinteressen hatte. Besondere Umstände veranlaßten die Kleinbahn A.-G., von dem ursprünglichen Projekt Abstand zu nehmen. Daraufhin verlangte die Firma Vorwerk 600 000 RM. Schadenersatz. Als dieser gutachtlich nur auf 250 000 RM. festgesetzt wurde und die Kleinbahn die Zahlung dieses Betrages verweigerte, strengte das Werk Klage an. Zwischen den Parteien ist nun außergerichtlich ein Vergleich zustandegekommen, nach dem die Kleinbahn A.-G. 150 000 RM. an die Firma Vorwerk u. Sohn zahlt und dadurch das umstrittene Gelände fast restlos in den Besitz der Bahn übergeht.

Versicherungsamt gegen Krankenhausboykott

Vor einiger Zeit hatten die Wuppertaler Ortskrankenkassen versucht, durch Nichtzuweisung von Patienten an drei private konfessionelle Wuppertaler Krankenhäuser eine Entscheidung in dem Konflikt wegen der Krankenhaussätze herbeizuführen. Von den drei Krankenhäusern war gegen diesen Boykott Beschwerde beim Versicherungsamt eingelegt worden. Dieses hat jetzt entschieden, daß die Krankenkassen den Boykottbeschluß aufheben müssen, weil er ungesetzlich sei.

Remscheid

Remscheid. Ausbruch aus dem Zuchthaus mißglückt. In der Nacht versuchten zwei Zuchthäusler in der Anstalt Lüttringhausen, die noch längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, aus dem Zuchthaus zu entweichen. Beim Versuch, die Mauer zu übersteigen, wurden sie jedoch von Beamten der Strafanstalt bemerkt und festgenommen.

Das Massengrab unter der Sakristei

400 Totenschädel gefunden

Bei Ausschachtungsarbeiten zur Anlage einer Kirchenheizung wurde in Remscheid unter der Sakristei eine alte Grabanlage entdeckt. Sie besteht aus hochgerichteten Steinplatten, die als Deckel zu einer Grabkammer dienen, die etwa 400 Skelette barg, was an der Zahl der vorgefundenen Schädel festgestellt wurde.

Köln

Köln. 600% Bürgersteuer in Köln. Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat die Bürgersteuer für die Stadt Köln auf 600% festgesetzt. — In einer Mitteilung der Stadtverwaltung wird hierzu mitgeteilt, daß, um einen vollen Ausgleich der durch die Neuregelung der Bürgersteuer verursachten Ausfälle herbeizuführen, eine Erhöhung des Zuschlagssatzes von jetzt 350 auf 900 Prozent notwendig gewesen wäre. Da dies jedoch in Anbetracht der starken steuerlichen Inanspruchnahme der Bürgerschaft nicht möglich gewesen sei, habe sich die Stadt Köln entschieden, als Zuschlag zum Landessatz der Bürgersteuer 600% zu erheben. — Die endgültige Entscheidung über die Höhe der Bürgersteuer liegt nunmehr bei der Aufsichtsbehörde, der die von der Stadtverwaltung getroffene Entscheidung inzwischen zur Genehmigung unterbreitet worden ist.

Köln. Giftmörder Just suchte auch in Köln Frauenbekanntschaften. Wie wir aus Görlitz erfahren, hat sich bei der Vernehmung des vierfachen Giftmörders Just durch die dortige Kriminalpolizei herausgestellt, daß sich Just vor seinem letzten Verbrechen, dem Menschen zum Opfer fielen, längere Zeit in Köln aufgehalten hat. Hier hat er unter der Vorspiegelung, nicht verheiratet zu sein, Frauenbekanntschaften gesucht und angeknüpft und den ihm bekanntgewordenen Frauen die Ehe versprochen. Kurz vor seiner Verhaftung hatte er noch geäußert, daß er wieder nach Köln zurückkehren wolle. Alle diese Umstände deuten darauf hin, daß Just noch nicht vor seiner letzten Untat stand.

Aufklärung des Totschlages an dem Nachtwächter Rey

Der bei einem Einbruch in die Konsumanstalt Stüßgen im Kölner Vorort Dünnwald am 29. Juli d. J. an dem Nachtwächter Rey verübte Totschlag kann nunmehr als aufgeklärt angesehen werden. Bereits am 15. August konnte die Polizei zur Festnahme von zwei Personen schreiten, die in dem dringenden Verdacht der Täterschaft standen. Eine dritte Person, die gleichfalls verdächtig war, hat sich nach der Festnahme seiner Komplizen verborgen gehalten und ist später im Rhein beim Baden ertrunken. Im Laufe der polizeilichen Ermittlungen konnte auch die Waffe beschlagnahmt werden, aus der die tödlichen Schüsse abgegeben worden waren. Da bei einem der Festgenommenen auch eine größere Menge Tabak gefunden wurde, die aus dem Einbruch stammt, hält die Polizei die Festgenommenen für überführt, obgleich diese noch leugnen.

Scheune durch Großfeuer vernichtet

Am Dienstagabend entstand in dem Fruchtschuppen des Grüshofes in Köln-Merheim rrh. ein großes Schadenfeuer. Ein Geräteschuppen mit landwirtschaftlichen Maschinen wurde ebenfalls vom Feuer betroffen. Die Feuerwehren aus Köln und Köln-Mülheim konnten das Feuer erst nach angestrengten Bemühungen niederkämpfen. Der Sachschaden soll beträchtlich sein.

Düsseldorf

Düsseldorf. Als Nachfolger des Professors Richard Langer wurde der Bildhauer Ewald Mataré an die Kunstakademie in Düsseldorf berufen. Mataré war Schüler von Arthur Kampf und Lovis Corinth. Später hat er sich ausschließlich als Bildhauer betätigt. Er lebt zur Zeit in Berlin. Plastische Werke von ihm befinden sich auch in der Nationalgalerie in Berlin.

Düsseldorf. Todessprung in den Rhein. Eine etwa 50 Jahre alte Frau stürzte sich am Nachmittag von der Oberkasseler Rheinbrücke in den Rhein und trieb sofort ab. Die Personalien der Lebensmüden konnten noch nicht festgestellt werden, auch gelang es bisher noch nicht, die Leiche aufzufinden.

Wertlose Mineralien als „Kokain"

Betrogene Rauschgiftschieber

Die Kriminalpolizei Düsseldorf nahm eine Anzahl Personen fest, die im dringenden Verdacht stehen, verbotenen Rauschgifthandel zu treiben. Drei der Festgenommenen hatten einer gleichfalls festgenommenen Frau zugesagt, ihr größere Mengen Kokain zum Ankauf zu verschaffen. Kriminalbeamte traten rechtzeitig dazwischen und beschlagnahmten die zum Kauf angebotene Ware. Die Untersuchung des Inhalts der beschlagnahmten Flaschen ergab, daß es sich um wertlose Mineralien handelte. Im Verlauf der weiteren Ermittlungen wurde ein Invalide dabei betroffen, als er eine Packung angeblichen Kokains von einem Fachmann untersuchen lassen wollte. Auch hier stellte sich heraus, daß es kein Kokain, sondern eine wertlose Mischung war. Offenbar hat der Lieferant der Ware es darauf abgesehen, die heimlichen Rauschgiftschieber gründlich hereinzulegen.

Westdeutsches

Meschede. Spinale Kinderlähmung. Im Kreise Meschede ist in mehreren Fällen die spinale Kinderlähmung aufgetreten. In Meschede selbst sind zwei Kinder erkrankt. Da diese Krankheit vornehmlich bei Schulkindern auftritt, hat der Kreisarzt veranlaßt, um eine weitere Verbreitung der Krankheit zu verhindern, die Herbstferien um eine Woche zu verlängern.

Münster. Einführung des neuen Regierungspräsidenten. Im Sitzungssaal des Regierungsgebäudes wurde der neue Regierungspräsident, Staatssekretär a. D. Dr. Pünder, durch Oberpräsident Gronowski den Beamten, Angestellten und Arbeitern vorgestellt und in sein Amt eingeführt. Der Oberpräsident begrüßte den neuen Präsidenten mit einer kurzen Ansprache und gedachte dann anerkennend der Verdienste und der Tätigkeit des früheren Regierungspräsidenten Dr. Amelunxen. Dr. Pünder dankte herzlich und entwickelte in längeren Ausführungen, in welcher Weise er sein Amt führen wolle.

Darmstadt. Vom Bankdirektor zum Wohlfahrtsempfänger. Der ehemalige Bankdirektor D. aus Auerbach a. d. B., der durch unglückliche Geschäftsverhältnisse vollkommen ins Elend kam, hatte sich wegen schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug zu verantworten. Er erhält als vollkommen Mittelloser mit seiner Frau und vier Kindern vom Wohlfahrtsamt eine Unterstützung von 12 Mark in der Woche und hatte in der Verzweiflung, als die Frau im Sommer krank war, Gutscheine der Gemeinde gefälscht und sich Lebensmittel dafür besorgt. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe von drei Monaten und billigte in Anbetracht der trostlosen Lage und der bisherigen einwandfreien Führung dreijährige Bewährungsfrist zu.

Wieder ein Brand im Kreise Brilon

Anwesen und Ernte vernichtet

Um Mitternacht brach aus bisher noch unbekannter Ursache in dem Anwesen des Landwirts Wegener in Madfeld (Kreis Brilon) Feuer aus. Von einem Familienmitglied, das gegen 1 Uhr von einer Reise zurückkehrte, wurde das Feuer zuerst bemerkt und sofort die Feuerwehr benachrichtigt. Auch nach Olsberg und Hoppeke hatte man alarmiert, um die beiden Motorspritzen zu erhalten. Der weite Weg, den diese beiden Wehren zurücklegen mußten, machte ein rechtzeitiges Eintreffen in Madfeld unmöglich, sodaß von dem Besitztum nichts mehr zu retten war. U. a. sind 60 Fuder Erntevorräte dem Brande zum Opfer gefallen.

Unter Brandstiftungsverdacht verhaftet

Nach dem Wohnhausbrande die Scheune

Vor einigen Monaten war in dem Anwesen des Gutsbesitzers Neuhaus in Mersch bei Ahlen Feuer ausgebrochen, das das Wohnhaus einäscherte. Da der Schaden durch Versicherung gedeckt war, entstand nach kurzer Zeit ein schöner Neubau. Vor einigen Tagen brannte die Scheune desselben Gutsbesitzers ab. Die Polizei hatte Verdacht und leitete Ermittlungen ein, die jetzt dazu führten, daß der Gutsbesitzer und sein Schwager unter dem dringenden Verdacht der Brandstiftung verhaftet wurden.

Das kommende Konkursverbot

Eine Schutzmaßnahme für die preußische Selbstverwaltung

Das Zwangsvollstreckungsrecht der preußischen Gemeinden, das allein in Preußen bisher nach drei verschiedenen Rechtsgebieten zu beurteilen war, ist nunmehr für den ganzen preußischen Staat dahin geregelt, daß für die Zwangsvollstreckung in das Vermögen einer Gemeinde **in jedem Falle ein Beschluß des Bezirksausschusses notwendig** ist. Nur bei der Verfolgung dinglicher Rechte ist ein solcher Beschluß des Bezirksausschusses nicht erforderlich. Das gleiche gilt wegen der Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von bestimmten Handlungen oder Unterlassungen.

Der Bezirksausschuß wird nicht von Amtswegen tätig, sondern es bedarf nach der ausdrücklichen gesetzlichen Vorschrift eines Antrages des Gläubigers. Der Bezirksausschuß hat diejenigen gemeindlichen Vermögensgegenstände aus der Zwangsvollstreckung herauszulassen, die für den geordneten Gang der Verwaltung oder die Versorgung der Bevölkerung notwendig sind. Sind die Finanzen einer Gemeinde bereits so zerrüttet, daß der geordnete Gang der Verwaltung schon beeinträchtigt ist, ist die Ausantwortung gemeindlicher Vermögensgegenstände zur Zwangsvollstreckung nicht zulässig. Wichtig ist, daß der **Bezirksausschuß** die gemeindlichen **Ausgaben herabsetzen** und die gemeindlichen **Einnahmen erhöhen** kann, wenn die Nichterfüllung einer gerichtlich festgestellten Verbindlichkeit seitens einer Gemeinde zu Schwierigkeiten für die Verwaltung oder für den öffentlichen Kredit führen kann. In den Fällen, in denen die Zwangsvollstreckung in gemeindliche Vermögensgegenstände wegen Gefährdung einer geordneten Verwaltung nicht zugelassen werden darf, **kann der Bezirksausschuß einen Treuhänder bestellen**, der diese Vermögensgegenstände dann zu verwalten hat.

Man sieht, daß auch nach den neuen Bestimmungen bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Gemeinden eine Zwangsvollstreckung nicht über-

---

Jahrhundert nicht auf hoher Stufe. Die Interessenten pflanzten zwar ihre Bäume an, aber Pflege, Sortenwahl und Veredelung lagen im argen. Da fanden sich im heimatlichen Gehege wieder Männer, wie Hesselmann-Witzhelden (1860—1900) und Röll (1880—1910) und Schnaare-Berg. Neukirchen, die sich berufen hielten, rationelle Obstzucht und praktische Unterweisung zu treiben. Die ersten beiden als eifrige Züchter und Schulmänner, erwarben sich um den gedeihlichen Aufschwung der Obsterzeugung große Verdienste. Herr Schnaare, heute noch der amtlich berufene Fachmann und unermüdliche Wegweiser und Praktiker, darf für sich in Anspruch nehmen, der verdienstvollste heimische Obst„lehrer" in der neueren Zeit zu sein. Die Tätigkeit von Hauptlehrer Röll war für Berg. Neukirchen auch deshalb wertvoll, weil er im Jahre 1898 Mitbegründer und nachheriger Leiter einer Obstverwertungsanstalt war, die zur Abhaltung unentgeltlicher Kurse in der Bereitung von Kraut, Gelee, Marmelade, Most und Wein aus Obst eingerichtet wurde. Gemeinde und Kreis brachten zu den Einrichtungskosten finanzielle Opfer. Anfang des 20. Jahrhunderts brachte Berg. Neukirchen eine Jahresproduktion an Obst von etwa 3000 Zentner auf, dessen Aufkauf fast nur durch die Händler erfolgte. Die Frage der Erzielung guter Preise durch Vermeidung des Zwischenhandels und der Schaffung guter Absatzmöglichkeiten, ließ die Neukirchener Obstzüchter und die Verwaltung bewegen, die Zulassung eines alljährlichen Obstmarktes zu beantragen. Doch entstand darüber zunächst ein Verwaltungsstreit mit Leichlingen, das dem Markt aus Gründen der Konkurrenz widersprach. Dagegen vertrat Landrat Dr. Lucas die Ansicht, daß der Anspruch von Berg. Neukirchen mit Rücksicht auf seine bedeutenden Obstkulturen seine Berechtigung habe. Unter dieser Befürwortung sprach der Minister für Handel und Gewerbe am 3. 10. 1905 seine Genehmigung aus. Durch die Einrichtung des Marktes, der sich bis heute erhalten hat, ist der Abnehmerkreis der Züchter ganz erheblich vermehrt worden. Im Interesse der besseren Verwertung des für den Frischgenuß weniger in Betracht kommenden Obstes gründeten 1929 Gemeinde und Kreis mit der ältesten rhein. Krautfabrik J. H. Wirtz Söhne eine Obstverwertungsgesellschaft. Sie bezweckte die Herstellung von alkoholfreiem Süßmost, „Bergosa" genannt. Leider mußte die Firma aber schon nach einigen Jahren unter dem Druck der katastrophalen Wirtschaftslage ihre Pforten wieder schließen. Nichtsdestoweniger blieb der Neukirchener Obstbau selbst in bestem Ansehen. Ein günstiges Aufblühen und weitere Vervollkommnung sei ihm zum Segen unserer Volkswirtschaft auch fürderhin gewünscht.

Das Wetter von heute und morgen

Vorübergehende Beruhigung und Aufheiterung, nachts sehr kühl, stellenweise Bodenfrost, am Tage wieder zunehmende Bewölkung.

Deutsche Arbeit in der südrussischen Steppe

Die Steppe schwimmt im klaren Frühlicht, der Blick schweift ins Unendliche. Nur kleine Hügel, die in der Ferne bläulich auftauchen, geben einen Halt und einen Maßstab. Sie erscheinen unverhältnismäßig groß über der Ebene, diese Kurgane, Grabstätten, aus skytischer Vorzeit und den großen Völkerzügen, die über die heißumstrittene Schwarzerde dahingebraust sind. Bis zur Donau, durch die Ukraine, Podolien und Bessarabien reihen sie sich aneinander, aber hier, auf dem gesegneten Weizenboden am Kuban sind sie besonders zahlreich. Vom Steilufer des vielgewundenen Flusses sehen wir überrascht hinab, die scheinbar so einförmig-flache Landschaft löst sich in fesselnde Einzelbilder auf. Jenseits der breiten Talmulde steigt das Land wieder empor, bei klarem Wetter schweift der Blick bis zu den schneebedeckten Bergen des Kaukasus. Der Wagen windet sich zu dem wildumbuschten Ufer durch eine Erdschlucht hinab, setzt auf einer Fähre über, und auf der flachen Höhe jenseits tauchen alsbald die Gutsgebäude auf, die den Kern der

Konzession Drusag, der Deutschen Saatbau A. G.,

bilden. Wir brauchen allerdings vier reichlich ausgefüllte Tage, um die sechs weitauseinanderliegenden Gutsteile und Vorwerke zu sehen, die zu einem landwirtschaftlichen Musterbetrieb von 11 000 Hektar vereinigt sind. Eine kleine geschlossene Welt für sich, eine landwirtschaftliche Autarkie, in der sich in höchst reizvoller Weise südrussische Arbeits- und Bodenverhältnisse mit deutschen Methoden durchdringen.

Schnurgerade laufen zum Horizont die Furchen, das Land ist in Quadraten zu je 1 Kilometer Kantenlänge vermessen. Neben den riesigen

Weizenschobern

arbeiten die Arbeitsgemeinschaften, die Artels — Männer, Weiber, Kinder — am Drusch. Ihre primitiven Sommerhütten aus Stroh, die Balagane, sind in der Nähe aufgebaut. Sie werden mit Kost und einem Ernteanteil bezahlt. Bauern aus der Stawropoler Gegend. Das ausgedroschene Stroh häuft man mit Pferdegespannen zu gewaltigen Schobern auf. In einem siebenfeldrigen Fruchtfolgesystem werden 7800 Hektar rationell bearbeitet. Neben Weizen baut die Drusag Gerste, Mais, Sojabohne, Sonnenblume, Roggen. 1000 Hektar stehen für Futtergräser zur Verfügung.

Moderne Speicher

sind eben fertig geworden. Für 37 Traktoren, Lastautos und einen entsprechenden Maschinenpark steht ein Vorwerk mit sieben Neubauten und Arbeiterwohnungen, mit Schmiede, Tischlerei, großem Lager und moderner deutscher Werkstatt unter deutschen Meistern zur Verfügung. Die Bauten werden zum größeren Teil aus den landesüblichen Lehmstrohziegeln ausgeführt. Eine Feldziegelei, mit Stroh geheizt, liefert einen großen Teil des Baumaterials.

Auf einer besonderen

Pferdefarm

werden Zuchtversuche gemacht, ein Gestüt edler ostpreußischer Pferde ist zu diesem Zweck eingeführt worden. Eine

Hochzucht des deutschen Edelschweins

gedeiht vorzüglich. Auf 600 Pferde, 1200 Schweine, 1200 Rinder, 13 000 deutsche Merinofleischschafe ist der Viehbestand der Konzession, der 1926, bei der Uebernahme durch den jetzigen Leiter Dr. Dittloff 46 Köpfe umfaßte, angewachsen. So ist man, im Gegensatz zu den russischen Staatsbetrieben, nicht auf die risikoreichen Getreideernten allein angewiesen.

Die wirtschaftliche Grundlage ist darüber hinaus verbreitert durch die umfangreichen

technischen Nebenbetriebe:

eine Mühle mit 16 Tonnen Tagesleistung, eine Oelpresse für die Sonnenblumenernte mit 8 Tonnen Tagesleistung, eine Kartoffelstärkefabrik, eine Dampfbäckerei, in der Tilsiter Vollfettkäse bester Qualität hergestellt wird, eine Wurstfabrik, eine Gerberei. 3000 bis 4000 Stück Vieh werden jährlich geschlachtet und hier verarbeitet. Eine Bäckerei, die täglich 1500 Brote zu 4 Kilogramm erzeugt, versorgt die Arbeiter. Der ständige Arbeiter- und Angestelltenstamm beträgt etwa 600 Köpfe, darunter 42 Reichsdeutsche. In der Erntezeit beschäftigt die Konzession bis zu dreitausend Menschen.

Eine besondere Aufgabe hat sich die Drusag in der

Saatzucht

gestellt. Die Versuchsstation (210 Hektar Ackerland, auf denen rund 36 000 Parzellenversuche gemacht werden) ist sicher die einzige ihrer Art. Deutsche Züchter arbeiten hier mit heimischen Methoden und in großem Format daran, die vorhandenen Getreidesorten auf höhere Erträge und größere Widerstandsfähigkeit, namentlich gegen Dürre und Auswinterung, umzuzüchten. In einer Mitscherlichstation wird in 3000 besonders konstruierten Emaillegefäßen der Nährstoffbedarf des Bodens untersucht. Dabei ist festgestellt worden, daß der Nährstoffgehalt der Schwarzerdböden keineswegs unerschöpflich ist, daß diese Böden vielmehr phosphorsäurebedürftig sind und nur bei Phosphorsäurezusatz günstigere Ernten als bisher ergeben können.

Wir haben diese

geschlossene kleine Welt

in uns aufgenommen in all ihrer Unmittelbarkeit unter freundlicher Führung, bei gütigem Himmel und strahlender Sonne. Wir sind vor den Artels auf dem Felde, bei den Wohnwagen der Traktoristen, bei den Pferden auf der Steppe, die der südrussische Cowboy um uns zusammentrieb und die zutraulich am Reifen unseres Autos knabberten, gewesen, wir haben die Schäfer, besonders Iwan Iwanowitsch besucht, eine Prachtgestalt aus einer alten Schäferfamilie, der Böcke mit Namen wie Grusin, Tikar (Wildling), Imposant, Franzus heranruft, und haben uns an seiner Tierliebe gefreut. Auf den Wiesen der Schafe schimmerte silbern das Licht, die riesigen Schäferhunde, die sich nachts mit Wölfen raufen, umkreisen die gewaltigen Herden. Wir haben beim Sonnenblumendrusch zugesehen, unten in der Flußniederung, der Staub aus der Maschine umwallte die riesige Gestalt des russischen Bauern, dieses „Halbnomaden", der sich hier, oft

mäßig leicht durchzuführen ist. Es ist aber zu begrüßen, daß aus dem Wirrwarr und der Verschiedenartigkeit der bisherigen gesetzlichen Regelung eine einheitliche Linie gefunden worden ist. Unabhängig von der Möglichkeit der Zwangsvollstreckung ist einheitlich für ganz Preußen bestimmt worden, daß ein **Konkurs unter keinen Umständen mehr gegen eine Gemeinde eröffnet** werden darf; auch diese Bestimmung ist grundsätzlich neu, da bisher in keiner landesrechtlichen Vorschrift eine Bestimmung, die den Konkurs einer Gemeinde verbot, bestand.

Das Pluralwahlrecht

Bei der kommenden Reform unserer Verfassung wird nach den Ankündigungen der Regierung auch eine Aenderung des Wahlrechts vorgenommen. Es dürfte damit zu rechnen sein, daß anstelle des jetzt bestehenden gleichen Wahlrechts, bei dem alle Stimmen gleich bewertet werden, ein abgestuftes Wahlrecht tritt. Als Hauptbeispiel eines solchen abgestuften Wahlrechts ist das Pluralwahlrecht zu nennen, das zuerst in Belgien mit dem Wahlgesetz vom Jahre 1894 Eingang fand. Bei diesem System werden Alter, Bildung, Vermögen, Familie und Beruf als Prinzipien anerkannt, die dazu führen, den Wahlberechtigten ein erhöhtes Stimmrecht zu verleihen, so daß zu der vorhandenen Grundstimme noch weitere Stimmen treten können.

Auf dieses belgische Wahlsystem hat man stets zurückgegriffen, wenn die Einführung des Pluralsystems in Deutschland in Frage stand. Das belgische Wahlrecht war nicht nur das erste, sondern auch Jahre hindurch das einzige Wahlrecht, das das System der Pluralstimmen kannte. Belgische Beispiele zog man heran, wenn man sich für oder gegen dieses System einsetzte.

In Deutschland war das Königreich Sachsen der erste deutsche Staat, in dem man sich ernsthaft mit dem Pluralwahlsystem befaßte. Mit dem Wahlgesetz vom 5. Mai 1909 wurde das Pluralwahlrecht in Sachsen eingeführt; es baute sich auf auf den Prinzipien: Steuerleistung, Besitz (Grund- und beweglicher Besitz), Bildung und Alter. Nach diesen Prinzipien wurde die Stimmberechtigung abgestuft, jedoch mit der Maßgabe, daß mehr als vier Stimmen keinem Wähler zustanden. In Oldenburg wurde das Pluralwahlrecht durch das Wahlgesetz vom 17. April 1909 eingeführt; es hatte allein das Alter zum Prinzip. Jeder Wahlberechtigte hat eine Grundstimme. Wer das 40. Lebensjahr zur Zeit der Wahl vollendet hatte, erhielt zwei Stimmen. Auch für das Großherzogtum Hessen hatte das Wahlgesetz, das im Jahre 1912 beschlossen wurde, das Pluralwahlrecht, das allein das Alter als Prinzip hat, eingeführt. Die zweite Stimme wird jedoch hier an die Zurücklegung des 50. Lebensjahres geknüpft. Das vierte Land, das in der Vorkriegszeit sein Wahlrecht reformierte, war das Fürstentum Reuß j. Linie. Es führte mit dem Wahlgesetz vom 8. Januar 1913 gleichfalls das Pluralwahlrecht ein. Dieses baute sich auf auf den Prinzipien: Alter, Bildung, Steuerleistung und Grundbesitz. Nach diesem Wahlgesetz hatte zwei Stimmen jeder Wahlberechtigte, der mehr als 1800 Mark Einkommen versteuerte oder bei geringerem Einkommen über mindestens 5 Hektar Grundbesitz als Eigentümer oder Nutzungsberechtigter verfügte, ferner wer als selbständiger Gewerbetreibender mindestens zwei über 16 Jahre alte Hilfskräfte regelmäßig beschäftigte. Drei Stimmen hatte jeder Wahlberechtigte, der mehr als 2400 Mk., vier Stimmen, der mehr als 3000 Mk. versteuerte. Außerhalb dieser Bestimmungen sind die Altersstimme, der zufolge jeder Wahlberechtigte noch vollendetem 50. Lebensjahr eine Zusatzstimme erhält, und die Zusatzstimme für Bildung, indem jeder Wahlberechtigte, der zum einjährigen freiwilligen Militärdienst berechtigt war oder eine entsprechende technische oder wissenschaftliche Vorbildung durch Prüfung in einer staatlich anerkannten Fachschule oder Erwerbung des Meistertitels nachweisen konnte, eine weitere Zusatzstimme erhielt. In Reuß betrug das Höchstmaß mit Einschluß der Grundstimme 5 Stimmen.

Die Einführung des Pluralwahlrechts ist sehr hart umkämpft worden. Auch in der Wissenschaft waren und sind die Meinungen über dieses System geteilt. So ist z. B. der bekannte Staatsrechtslehrer Jellinek ein Gegner dieses Systems.

Führerschein für Kleinkrafträder?

Wer auf öffentlichen Wegen ein Kraftfahrzeug führen will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Der Schutz des Publikums erfordert, daß Kraftfahrzeuge nicht von Personen geführt werden, die wegen körperlicher oder sittlicher Mängel zum Führen nicht geeignet sind, außerdem muß der Führer den Befähigungsnachweis darüber erbringen, daß er mit der Einrichtung und Bedienung des Fahrzeuges vertraut ist.

Für den Führer eines Kleinkraftfahrzeuges besteht nach den heutigen Bestimmungen kein Fahrerlaubniszwang. In absehbarer Zeit wird aber die Frage geprüft werden müssen, ob der Führerscheinzwang nicht auch auf die Kleinkrafträder ausgedehnt werden muß.

Es gibt heute Kleinkrafträder, so schreibt Regierungsassessor Dr. Kolb-Eßlingen in der Württembergischen Zeitschrift für Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege, die sich im Bau von den führerscheinpflichtigen Motorrädern nur unwesentlich unterscheiden und mit denen sich Höchstgeschwindigkeiten von 80—120 Kilometer erzielen lassen. Die Technik hat heute einen solchen Stand erreicht, daß die Unterscheidung der Krafträder hinsichtlich des Fahrerlaubniszwanges ihre innere Berechtigung verloren hat.

Der bisherigen Regelung haftet aber ein anderer Mangel an, der mit dieser mehr technischen Seite nichts zu tun hat. Die Kleinkrafträder bedürfen nach den gesetzlichen Bestimmungen der Zulassung eines polizeilichen Kennzeichens. Da die Zulassung nicht notwendig vom Führer beantragt werden muß, hat die Zulassungsbehörde häufig gar keine Möglichkeit, sich über die Geeignetheit des Führers zum Führen eines Kleinkraftrades ein Bild zu machen. Auf diese Weise ist es möglich, daß Personen ein Kleinkraftrad führen können, die durchaus ungeeignet sind und niemals einen Führerschein bekommen würden. Die Verordnung sieht wohl vor, daß die Führung von Kleinkrafträdern dauernd oder zeitweise untersagt werden kann, wenn Tatsachen festgestellt werden, welche die Annahme rechtfertigen, daß eine Person zum Führen von Kleinkrafträdern ungeeignet ist. Diese Vorschrift verhindert aber nicht, daß ungeeignete Personen lange Zeit ein Kleinkraftrad zu führen in der Lage sind, bis endlich die Behörde anläßlich eines Verkehrsunfalls die Ungeeignetheit feststellen kann.

Eine Vorsorge gegen diese Gefahr könnte in der Weise getroffen werden, daß der Führer eines Kleinkraftrades persönlich die Zulassung beantragen und ein ärztliches Zeugnis über seine körperliche Geeignetheit vorlegen muß, damit ist allerdings noch nicht verhindert, daß evtl. eine andere Person fährt. Man wird deshalb über kurz oder lang sich dahin schlüssig werden müssen, ob man nicht eine allgemeine Führerscheinpflicht für Kraftfahrzeuge aller Art einführen will.

Al Capone, der Mustersträfling

Aus dem scheinbar mit einem schier undurchdringlichen Wall des Schweigens umgebenen Staatsgefängnis von Atlanta sind jetzt die ersten zuverlässigen Nachrichten über den großen Gangster Al Capone an die Oeffentlichkeit gelangt. Er hat sich zu einem Mustersträfling entwickelt, bat aber dringend darum, aus der Schneiderei, in der er zuerst beschäftigt war, in die Schusterei abkommandiert zu werden.

Bekanntlich betrat Al Capone, der mit Recht den Namen eines Königs der Verbrecher führte, vor einigen Monaten die Strafanstalt, um eine Strafe von elf Jahren abzusitzen, zu der man ihn wegen Steuerhinterziehung verdonnerte. Wie berühmt Al Capone war und ist, ergibt sich daraus, daß in der Woche etwa 3000 Personen um die Erlaubnis nachsuchen, Capone sprechen zu können. Sie werden alle abgewiesen. Nur seine Frau darf ihn sehen. „Wenn wir nach den Wünschen des Publikums handeln wollten", sagt einer seiner Wärter, „dann müßten wir ihn in einen Käfig setzen und draußen vor dem Tor aufhängen".

Aber nicht nur die Außenstehenden sind neugierig, sogar die Sträflinge innerhalb der Anstalt sind stolz und schaulustig auf ihre „Attraktion". Unter den merkwürdigsten Aeußerungen und unter Anführung der unglaublichsten Gründe wünschen sie in die Zelle verlegt zu werden, die näher an der von Al Capone liegt.

Im übrigen ist und bleibt Al Capone ein Mustersträfling, der sich bemüht, in keiner Weise aufzufallen oder die Aufmerksamkeit von Wärtern oder Direktoren im Gefängnis zu erregen.

Das Neueste

In einer Kundgebung der Zentrumspartei in Neuß nahm der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald das Wort zur politischen Lage. Als Ziel der Reichsreform stellte der Redner hin: Beseitigung des Dualismus Reich-Preußen, Umgestaltung des ohnmächtigen Reichsrats, zweckmäßige Konstituierung des Reichstags und Beseitigung des Listenwahlrechts.

Der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Kube, sprach Dienstagabend in der überfüllten Kölner Messehalle. Seine mehr als zweistündige Rede gestaltete sich zu einer scharfen Abrechnung mit den Deutschnationalen und der Reaktion überhaupt. Kube wandte sich gegen den Vorwurf, die Nationalsozialisten hätten es im richtigen Augenblick verabsäumt, eine Regierung in Preußen zu bilden. Die NSDAP würde nach dem 6. November in Preußen eine Regierung bilden.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Taulien wurde vom Königsberger Sondergericht wegen versuchten Totschlags und Aufruhrs zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt; 27 weitere Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs bis neun Monaten.

Von 23 Mitgliedern des früheren und jetzigen Landesausschusses der Provinz Birkenfeld wurde in einer Erklärung schärfster Widerspruch gegen den Vorwurf des oldenburgischen Staatsministeriums erhoben, daß der Regierungspräsident in Birkenfeld, Dörr, den Bestrebungen der Separatisten sympathisch gegenübergestanden habe.

Der Turm der Marienkirche in Rhöda bei Leipzig ist im gestrigen Sturm eingestürzt.

Der Inhaber eines Darlehnvermittlungsbüros im Bahnhofsviertel in München stellte sich der Polizei und gestand, Darlehnsbetrügereien in Höhe von 60 000 Mark verübt zu haben.

Drei bei der gestrigen Schlagwetterexplosion in Hückelhoven schwer verletzten Bergleute sind gestorben.

Auf der Grube „Göttelborn" im Fischbachthal bei Saarbrücken wurden drei Bergleute verschüttet. Sie konnten sofort befreit werden, doch haben alle drei schwere Verletzungen erlitten.

Die Verhandlungen zwischen der österreichischen Delegation und dem internationalen Gläubigerkomitee der Oesterreichischen Creditanstalt wurden abgebrochen, ohne daß die angestrebte Regelung der ausstehenden Fragen erreicht worden wäre.

Bei einer Gedächtnisfeier zu Ehren Chopins in Warschau ereignete sich ein peinlicher Zwischenfall, indem der französische Botschafter während der Festrede die offizielle Veranstaltung verließ.

Ministerpräsident Herriot hielt auf dem Bankett der Vereinigung der französischen Provinzpresse eine außenpolitische Rede, in der er erklärte, Frankreich brauche seine ganze Wachsamkeit, um nicht nur seine eigene Ruhe, sondern auch die der anderen zu sichern.

In einem Leitartikel erklärt die „Times" u. a., daß die Einwände Deutschlands gegen Genf zwar bedauerlich, aber ebenso leicht verständlich seien, wie die Vorbehalte, die Frankreich gegen London gemacht habe. England werde bereit sein, auch nach Lausanne zu gehen.

MacDonald nahm das Ersuchen, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen, an.

Im englischen Unterhaus begann die Generaldebatte über die Ergebnisse der Reichskonferenz von Ottawa mit einer Rede des Schatzkanzlers Neville Chamberlain.

Im Süden Londons kam es am Dienstag-Abend zu schweren von Kommunisten angestifteten Arbeitslosenunruhen. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden über 20 Personen, darunter 5 Polizeioffiziere, verwundet. 23 Personen wurden verhaftet.

Wie aus Locarno gemeldet wird, ist der Gattenmörder Cecchini zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Geschäftliches

Wer kennt nicht das rote Paket?

Seit über 50 Jahren ist Dr. Thompson's Schwanpulver in dem bekannten roten Paket bewährt und begehrt. Jede erfahrene Hausfrau verwendet Schwanpulver zum Waschen, Schrubben und Putzen, nicht nur, weil es von unübertroffener Qualität ist, sondern noch mehr, weil es bei höchster Qualität außerordentlich preiswert und sparsam ist. Ein Paket Schwanpulver kostet nur 24 Pfg., das Doppel-Paket nur 44 Pfg. Zum Bleichen und Klarspülen der Wäsche Seifix, Paket 14 Pfg. Verwenden Sie auch die reine, milde Schwanseife in Ihrem Haushalt?

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. der Beilage „Aus dem Reiche der Frau"

Verantwortl. Schriftleiter: Willy Claas; für Provinz, Allgemeines und Sport: Josef Maaßen, beide in Burscheid.

Druck und Verlag: Hermann Claas. Burscheid, Mittelstraße 10.

---

weit ab von seiner Heimat, nach langer Frühjahrsreise und vor noch längerer Winterreise, verdingt hat. Wir haben beim primitiven Stampfen des Lehms für Lehmstrohziegeln zugesehen und beim Bau der Arbeiterwohnungen. Wir haben die unendlich mühsame Präzision der Saatzuchtarbeit, zu der etwa hundertdreißig Arbeitskräfte, meist Frauen, mit viel Geduld und Pädagogik geschult sind, uns erklären lassen. Wir sind bei den modernen Silos gewesen und bei dem altertümlichen Brunnen, aus dem kalmükkische Ochsen mit den weit geschwungenen Hörnern das Wasser hochziehen. Wir haben die Badeanstalt der Schafe gesehen, wo die Tiere desinfiziert werden. Sowie man aus dem Bereich der chemischen Gerüche ist, duftet die Steppe wieder nach Wermuth und Schafen. Wir sind in den Ställen bei den erstaunlichen Edelsauen und den entsprechenden Ferkelchen gewesen, bei den Ebern und den Mastschweinen, und im kleinen Tierpark bei dem kaukasischen Wildschwein, den Rehen und Hirschen, den Steppenschakalen (Schickele nennt sie eine schwäbische Kolonistenfrau aus der Nachbarschaft), bei den Fasanen, die man mit Erfolg ansetzt. Wir sind durch die Steppe geritten, auf der man, ohne Kaninchenlöcher fürchten zu müssen, mit unvergleichlichem Genuß galoppieren kann, und haben vor dem Gutshaus in der Sonne gesessen und die ganze inselhafte Behaglichkeit und Ordnung dieser kleinen Welt genossen, unter kaukasischen Kiefern und mit dem Blick auf das Hochufer des Kuban, das über der Ebene als ein bläulicher Saum aufstieg. Wir sind durch die Steppe kreuz und quer hinter Trappen hergefahren, die uns arglos ganz nahe herankommen ließen. Wir kehren im seltsam kalten späten Licht, das über der Steppe liegt, zurück. Weit draußen brennen, rötlich in der blauen Dämmerung, Lagerfeuer bei den Herden, man muß den Wölfen wehren. Fremd ist die Landschaft und doch heimisch, sobald wir uns den Aeckern und Wohnstätten nähern.

Eine deutsche Insel, aber nicht vom Schicksal leichthin geschenkt, sondern schwer erkämpft.

Was jetzt, namentlich wenn nicht 40 Grad Kälte oder 50 Grad Wärme herrschen, als Idyll sich präsentiert, war oft Schauplatz schwerster Sorge und Mühe. Die beiden anderen Konzessionen, die nach Rapallo begründet wurden, die Konzession Krupp im Manytschgebiet und die Drusag in der deutschen Wolgarepublik, mußten schon 1926 und 1927 aufgegeben werden. Die Drusag wurde 1926 saniert, und von der bereits eingesetzten Geschäftsaufsichtskommission unter neuer Leitung übernommen. Die Gebäude waren in trostlosem Zustand, die Felder wenig bearbeitet, das lebende Inventar kümmerlich, das tote heruntergewirtschaftet. Seither ist eine gewaltige Pionierarbeit geleistet worden. Das Ansehen der Drusag in ganz Rußland, ihre Wirkung als Muster-, Versuchs- und Lohnbetrieb, ihre wirtschaftlichen Erfolge — das alles nutzt dem deutschen Namen in Rußland. Vielleicht haben wir unseren Anlagen und Eigenschaften entsprechend — zur Wortpropaganda wenig begabt, zum Ideenexport nach französischem Muster, schon vermöge der starken Dynamik und Dialektik unseres Denkens und des Mangels an allgemeingültigen festen Denkformen nicht imstande, kein besseres Propagandamittel als: unsere Arbeit. Diese bedeutet denn auch namentlich im Osten (und Südosten) eine Propaganda, die immer wieder, über alle politischen Wandlungen hinweg, Brücken aus dem allzu engen Raum des deutschen Mitteleuropa in die für uns so notwendige weite Welt schlägt. Die wackeren Männer, die, mit ihrem zähen ostpreußischen Führer an der Spitze, aus südrussischer Erde ein so bedeutsames Stück deutscher Leistung haben erstehen lassen, dienen mit ihren Gegenwartserfolgen einer fernen Zukunft, in der deutsche Werkfreude nicht in zu engem Raum verkümmern muß, sondern mitwirken kann am Aufbau in neuen Erdräumen — nicht im Frondienst, sondern in jener Gleichberechtigung, die dem deutschen Volk ermöglicht, die Früchte seiner Arbeit zu ernten.

Der Katapultflugdienst

Die Deutsche Lufthansa hat den für 1932 vorgesehenen Katapultflugdienst erfolgreich beendet. In der Zeit vom 9. Mai bis 5. Oktober wurden insgesamt 36 Abschüsse durchgeführt, je 18 nach Europa und Amerika. Die Katapultflüge brachten für die Postbeförderung nach Deutschland einen durchschnittlichen Zeitgewinn von 45 Stunden. Rechnet man zu den Newyorker Zeiten noch den Gewinn, der durch den Nachbringerflugdienst Berlin—Cherbourg erzielt wird, so ergibt sich auch in der Westrichtung ein Zeitgewinn von 46 Stunden. Die Abschüsse fanden in sehr gleichmäßigen Entfernungen vom Zielhafen statt. Sie betrugen nach Newyork 900 Kilometer und nach Southampton 1000 Kilometer im Durchschnitt.

Ein einziger Flug konnte nicht planmäßig durchgeführt werden. Das Flugzeug mußte bald nach dem Abschuß in Richtung Southampton wegen Bruches eines Oelrohres zum Dampfer zurückkehren und neben dem Schiff landen, um dann unversehrt wieder an Bord genommen zu werden.

In diesem Jahr wurden im Katapultdienst erstmalig auch Junkersflugzeuge vom Typ „Ju 46" eingesetzt, die sich bestens bewährt haben. Von Bord des Dampfers „Europa" flog die „Ju 46" D 2244 „Europa" mit Flugkapitän Blankenburg und Funkermaschinist Kirchhoff, von Bord des Dampfers „Bremen" zunächst die Heinkel „He 58" D 1919 und dann die „Ju 46" D 2271 „Bremen" mit Flugzeugführer Grütering und Funkermaschinist Zimmermann.

Funkermaschinist Zimmermann versah schon im vierten Jahr seinen Dienst auf Katapultflugzeugen und hat bereits 58 Katapultflüge über den Atlantik mitgemacht. Der weiteste Abschuß, an dem er beteiligt war, wurde im Vorjahr auf dem Fluge über Neufundland zusammen mit Flugkapitän Blankenburg durchgeführt. Die Entfernung vom Dampfer bis Newyork betrug 2487 Kilometer.

Flugkapitän Blankenburg, der sich wiederholt durch besondere Leistungen im Katapultdienst hervorgetan hat, und sein Funkermaschinist werden am Schluß des diesjährigen Katapultdienstes von der Deutschen Lufthansa durch ein besonderes Abzeichen für Verdienst im Atlantikflug ausgezeichnet.

Ein Riesenprozeß vermieden

Auch die Justiz ist auf Sparsamkeit bedacht. —

Man erinnert sich noch gut der üblen Flugblätter, die vor etwa zwei Jahren unter dem Titel „Nemesis" von dem ehemaligen Straßburger Kriminalkommissar Stephany in Trier herausgegeben wurden und in denen im ganzen 95 Personen — Beamte und Privatleute — des Separatismus oder der Verbindung mit den Franzosen bezichtigt wurden. Auch der Oberbürgermeister von Trier, Dr. Weitz, war schwer angegriffen worden, zwar nicht in dieser Hinsicht, jedoch so, daß ein umfangreicher Prozeß entstand, der einige Male verhandelt wurde, dann aber unter Bezugnahme auf die Räumungamnestie eingestellt werden mußte, die auf Stephany Anwendung finden müsse. Das Reichsgericht verfügte jedoch vor einigen Monaten die Durchführung dieses Prozesses und verneinte die Anwendbarkeit der Amnestie in diesem Falle.

Nunmehr haben der Oberlandesgerichtspräsident und die Staatsanwaltschaft in Köln an alle Nebenkläger ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis auf die außerordentlich hohen Kosten und die angespannte Finanzlage von Staat und Gemeinden, die in jedem Falle die Prozeßkosten tragen müßten, da Stephany mittellos ist, sowohl mit Rücksicht auf die voraussichtlich wochenlange Dauer des Prozesses ersuchen, die Strafanträge zurückzuziehen. Schließ würde der Prozeß die jetzt schon mehrere Jahre zurückliegenden Dinge nicht mehr restlos klären können und kaum zu einer Befriedigung beitragen. Weiter seien in einem Strafprozeß in Saarbrücken bezügl. des Stephany Feststellungen gemacht worden, die es verständlich erscheinen lassen, wenn z. Zt. die Stadtverordnetenversammlung in Trier sich gegen die Anklageerhebung gegen Stephany ausgesprochen habe.

Auf Grund dieses Schreibens haben der Oberbürgermeister von Trier und sämtliche städtischen Beamten, darunter auch alle Polizeibeamten, ihre Klage zurückgezogen. Dasselbe dürfte erwartungsgemäß seitens der Privatpersonen geschehen, so daß ein Riesenprozeß vermieden würde

Frauenwelt und Heim

Aus dem weiblichen Berufsleben

Die ländliche Krankenpflegeschwester

Eine feste Norm für die Berufsbedingungen der ländlichen Krankenpflegeschwester gibt es nicht. Dieser Beruf ist so verschieden wie die Umgebungen, die örtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen verschieden sind, unter denen er ausgeübt wird. Die Schwestern werden teils von politischen, teils von konfessionellen Behörden und Gemeinden, teils von Gutsbesitzern oder örtlichen Vereinen angestellt. Darum sind auch für die Ausbildung keine absolut sicheren Anhaltspunkte zu geben. Die politischen und kirchlichen Gemeinden stellen vorzüglich voll ausgebildete Krankenschwestern ein. Andere Arbeitgeber stellen, meist aus finanziellen Gründen, andere Ansprüche. Die Arbeit der ländlichen Krankenschwester ist mit der einer Krankenschwester in der Stadt nicht zu vergleichen. Die Wege, die Abhängigkeit von der Witterung sind stark erschwerende Momente. Eine Vertretung, eine Unterstützung durch anderes Pflegepersonal in Zeiten besonderer Inanspruchnahme ist nicht zu haben. Die Pflegerin auf dem Lande ist ganz auf sich selbst, ihren gesunden Körper, ihre Tatkraft und Umsicht angewiesen. Es genügt auch nicht, daß sie in den Belangen ihrer eigentlichen Heilkunst bewandert ist. Nur zu oft muß sie die erkrankte Hausfrau ersetzen, muß verstehen, sich dem Gang eines ländlichen Haushaltes in der Erntezeit anzupassen, muß im Garten, im Stall genau so Bescheid wissen, wie im Haus. Zeiten besonderer Inanspruchnahme durch Krankheiten wechseln mit ruhigeren, in denen die Zeit der Pflegerin nicht voll ausgenutzt wird. Dann erwartet man von ihr, daß sie sich der Kinder annimmt, daß sie, beispielsweise im Winter, sich der Beschäftigung, Anregung und Weiterbildung der weiblichen Jugend widmet.

Sachlich gesehen, wird die voll ausgebildete Krankenschwester, die womöglich auch über die Kenntnisse und Befugnisse einer Hebammenschwester verfügt, die besten Vorbedingungen in den schweren und verantwortlichen Beruf einer Krankenpflegerin auf dem Lande mitbringen. Auf große pekuniäre Vorteile wird sie unter den heutigen Verhältnissen kaum rechnen dürfen, unter denen es schwer hält, z. B. durch politische Gemeinden überhaupt eine Anstellung zu erhalten, weil sie den Kreis des Pflegepersonals nach Möglichkeit einschränken müssen. Kann sie aber die oben erwähnten Vorzüge mit einer guten Ausbildung vereinen, so müßte es ihr gelingen, sich einen, wenn auch bescheidenen Posten zu schaffen. Denn wenn man auch sonst in unserer Zeit wenig Verwendung für brachliegende Arbeitskräfte hat, eine Frau, die auf ihrem eigentlichsten Gebiet segensreich zu wirken versteht, wird auch ihren Wirkungskreis finden.

R. Köhler.

Wie werde ich Bibliothekarin?

Nein, das Abitur brauchen wir zu diesem Zweck mal nicht. Die Reife für Obersekunda genügt. Die Ausbildung zur Bibliothekarin erfordert vier Jahre. Zwei Jahre sind der praktischen Einführung gewidmet. Und zwar verteilt sich diese Zeit zu gleichen Teilen auf die Arbeit an einer wissenschaftlichen und an einer Volksbibliothek. Eine bibliothekarische Fachschule übernimmt dann die theoretische Ausbildung, die wiederum zwei Jahre beansprucht. Hat man das Abiturium, so kann eine Verkürzung dieser Ausbildungszeit gewährt werden.

Bedingung für den Beruf einer Bibliothekarin ist eine gute Allgemeinbildung, das Vermögen, mit Menschen umzugehen, Einfühlungsfähigkeit in die Wünsche und Ideen anderer, in ihre Zwecke, ihre Belange, den Fassungskreis, der ihnen zur Verfügung steht. Dazu gehört ein gewisser Blick für Menschen, der freilich auch durch liebevolle Uebung erworben oder vertieft werden kann. Eine gute Handschrift ist nicht leicht zu entbehren, und ein zuverlässiges Gedächtnis wird stets am Platze sein.

Das Dienstverhältnis einer Bibliothekarin ist entweder das einer Angestellten oder das einer Beamtin, je nachdem, in wessen Auftrag sie arbeitet. Die Besoldungsgruppe ist 7 bis 9. Die Anstellungsaussichten sind im Augenblick, wie überall, das traurigste bei dem Kapitel Bibliothekarin. Denn sowohl die kommunalen Behörden als auch die wissenschaftlichen Institute, Banken und Industrieunternehmungen sind in ihren Maßnahmen zur Zeit beschränkt. Da das aber nicht einzig den Bibliothekarinnenberuf betrifft, sondern allgemeingültig ist, kann man kaum jemand abraten, den schönen und interessanten Beruf zu erwählen, der Lust, Liebe und die erforderliche Gesundheit dazu mitbringt. Vielleicht wendet sich während seiner Ausbildungszeit das allgemeine Blättchen zum Besseren! **G.**

Warme Suppen auf dem Küchenzettel

Mit der kühleren Jahreszeit kommt auch die Suppe wieder mehr in Aufnahme, besonders dann, wenn bei der Hauptmahlzeit ein leichteres Gericht vorwaltet. Hier wird eine kräftige Suppe die sättigende Wirkung erreichen, die besonders für die stets hungrige Jugend nötig ist. Auch kann ein- oder zweimal in der Woche eine Suppe im Winter den Hauptbestandteil der Abendmahlzeit bilden —mit Aepfeln und Nüssen hinterher ersetzt sie die teuern und für Kindermagen nicht immer bekömmlichen belegten Butterbrote. Doch sei empfohlen, die Suppen nicht zu dick zu kochen, es sollen wirklich Flüssigkeiten, keine Breie sein, die stopfen und leicht Widerwillen erregen. Und nicht zu oft Milchsuppen, lieber Hafer- und Graupensuppen mit Wasser gekocht und mit Salz gewürzt, dann mit Butterflöckchen bestreut. Sehr kräftig und nahrhaft!

Vor allem die Gemüsesuppen nicht vergessen. Aus Mohrrüben, aus roten Rüben, aus Sellerie, selbst aus den verschiedenen Krautarten. Etwas Tomatenmark verbessert jede Suppe, ebenso ein Schuß saure Sahne; als Ersatz dient glatt gequirlte saure Milch, von der die Hausfrau immer eine Tasse voll im Vorrat haben soll. In der Grießsuppe, die von Kindern so gern gegessen wird, lasse man einige Zitronenschalen mitkochen und gebe, wenn möglich kleine Klößchen darauf aus Eiweißschnee oder in Butter geröstete Semmelschnittstückchen.

Zur Reissuppe ist das Tomatenmark in Ermangelung der frischen Früchte die richtige Ergänzung. Man kann auch die Reissuppe mit Wurzelwerk kochen, muß sie dann aber durchschlagen, ebenso erhält man auf diese Weise eine sehr gute Suppe aus Grünkernmehl oder -flocken. Die beliebte Mehlschwitze mit den Zwiebeln sollte bei den abendlichen Suppen der Kinder fortfallen, da sie schwerer verdaulich ist. Wer den Zwiebelgeschmack nicht missen mag, versuche es einmal mit etwas, nicht zu viel, geriebener Zwiebel als Zugabe; das ist gesund und verleiht einen kräftigen Geschmack. Für die aus Rindfleisch oder auch aus Knochen mit Wurzelwerk hergestellten Suppen ist die Einlage: Nudeln, Reis, Grieß usw. unerläßlich, doch sei man nicht zu verschwenderisch.

Suppen aus Hülsenfrüchten sollten nicht abends gegessen werden — doch sind sie als Einleitung zu einer leichteren Mittagsmahlzeit sehr geeignet. Ein Stückchen Schweinefleisch mitgekocht, macht sie sehr wohlschmeckend, so daß sie auch dem Herrn des Hauses mundet. Auch ein Schuß Rotwein verbessert beispielsweise Erbsensuppe ganz erheblich!



Beim Drachensteigen.
Scherenschnitt von M. Sachse-Schubert.

Der Nörgler

Der Nörgler ist überall eine unangenehme Erscheinung, in der Familie, im Berufsleben und in der Geselligkeit. Immer fällt er aus dem Rahmen, immer drückt er die Stimmung, oft nur durch sein Erscheinen, unter Null. Ein Schatten läuft ihm voraus. Er wird dort, wo er in Unterhaltung und Umgang nicht auszuschalten ist, als ein lästiges Anhängsel empfunden und nur geduldet.

Er könnte einem leid tun, dieser Mensch, den man sich nur grau in grau vorstellen kann, wenn man ihm nicht den berechtigten Vorwurf der mangelnden Selbstkritik machen müßte. Wer an allem nörgelt, wer ständig etwas zu beanstanden findet, sollte wenigstens einmal, und sei es auf dem Umwege über die anderen, zu sich selbst gelangen und seine wenig schätzenswerte Veranlagung einer kritischen Betrachtung unterziehen und — Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung — sich zu ändern versuchen.

Was ist denn Nörgelei eigentlich? Sie ist keine Kritik, denn sie entbehrt der Ursache. Nörgelei ist eine ewige Unzufriedenheit mit der Umgebung, mit der Familie, mit den Freunden, mit dem Essen, mit allen und allem, nur nicht — mit sich selbst. Der echte Nörgeler, wir finden ihn unter den Männern genau so häufig wie unter den Frauen, versteht es nicht, Bagatellen des Alltags zu überwinden. Er stempelt Kleinigkeiten zu einer großen Sache, Nichtigkeiten zu Dingen von Wert. Ihm gelingt es nicht, sich über sich selbst zu erheben und zu geistiger und seelischer Höhe zu gelangen, da er über tausend Dinge stolpert und darin hängen bleibt.

So ist der Grundzug seines Wesens durchaus herabziehend. Seine Beanstandungen dienen keinem Zwecke wie der Kritik. Diese will ein Urteil geben und wirkt in gutem Sinne und aufbauend und anregend, unberechtigt angewandt, verletzend und niederdrückend. Den Aeußerungen des Nörglers aber gibt man keinerlei Bedeutung. Sie werden lediglich als das Dokument eines ständig, man möchte sagen, chronisch Unzufriedenen bewertet.

Eigentlich doch bedauernswerte Menschen, denn sie müssen sich ja selbst als eine Last empfinden. Aber sollte es nicht Möglichkeiten geben, aus diesem grau umwölkten Dasein herauszukommen und sich zu harmonischer Lebenseinstellung zu erziehen? Jedes Ding hat schließlich zwei Seiten. Wo Schatten ist, ist auch Licht! Man muß nur das Gute suchen und es vor allen Dingen sehen wollen. Auf den Willen kommt es hier an!

In der Gegenwart, die uns so viel Enttäuschungen und Entbehrungen bringt, ist es doppelt wertvoll, sich mit heiterer Ausgeglichenheit gegen den Alltag zu wappnen und nicht sich und anderen das Leben durch ständige Unzufriedenheit noch schwerer zu machen, als es ohnehin schon ist. Etwas mehr Selbstkritik, etwas Rücksichtnahme auf die Umgebung und eine gehörige Portion festen Willen, hinter allen kleinlichen Widerwärtigkeiten auch das Versöhnende zu sehen, und der bisher chronische Nörgler wandelt sich zum liebenswürdigsten Mitmenschen.

Ilse Spengemann.

Kinder weben

Ach i wo, einen richtigen Weberrahmen oder Webestuhl gar brauchen sie sich dazu nicht zu besorgen. Erstens haben sie kein Geld, zweitens keinen Platz und drittens rechnen sie damit, daß ihnen bald etwas Neues, noch viel Schöneres einfallen wird, und dann brauchen sie kein schlechtes Gewissen zu haben, wenn sie ihre kostbare Webevorrichtung einfach forttun.

Also, sie haben sich zusammengesetzt: Mariechen, Gustel und Ursula. Mariechen, das Puppenmütterchen, braucht einen kleinen Vorleger für ihr Puppenbett. Gustel hat den Taschenfimmel und will sich ein Handtäschchen arbeiten. Ursula ist ein bißchen eitel und muß um jeden Preis ein Stirnband haben. Wie machen sie das nun? Ein findiges kleines Dreieck ist's, und jede hat eine andere Methode. Soll ich sie euch erzählen?

Auf dem Tisch in der Mitte liegt ein ziemlicher Berg von Wollfadenresten. Den haben sich die Mädelchen von Müttern und Tanten zusammengebettelt. Mariechen fängt an mit einem größeren Pappdeckel, der vielleicht 40 Ztm. in der Länge und 30 Ztm. in der Breite mißt. Mit einer großen Stopfnadel bohrt sie sich einen Daumen breit von der schmalen Kante der Tafel entfernt eine Reihe von Löchern, die in einer Gerade liegen und voneinander immer einen Abstand von ½ Ztm. haben. Nun nimmt sie einen langen, festen Baumwollfaden und spannt über das ganze Pappstück seiner Länge nach Fäden, die sie durch die Löcher zieht, so daß das Stück schließlich aussieht, wie eine Zither, die mit Saiten bespannt ist. Das ist die „Kette" für ihren Puppenteppich. Jetzt greift sie zur Wolle und fängt an, einen bunten Faden nach dem anderen durch die aufgespannte Kette zu stopfen, gerade als ob Mutter ein großes Loch in Bubis Strumpf stopft. Das sind die Schußfäden. Weil dabei die Papptafel etwas stört, schiebt sie oben und unten einen Bleistift unter die Kette, die auf diese Weise etwas über den Pappgrund gehoben wird. Mit einem Kamm preßt sie die durchgezogenen Fäden fest aneinander. Sehr viel bunte Fäden muß sie so durch die Ketten ziehen. Sie wählt sie hübsch aus, so daß der kleine Teppich feine, geschmackvolle Streifen bekommt. Es dauert eine ganze Weile bis er fertig ist. Dann schneidet sie die Kette ab an den Löchern und verknotet je zwei und zwei der Baumwollfäden, damit nichts aufgehen kann. Ihre Püppchen haben einen großartigen Bettvorleger bekommen.

Gustel fängt ihr Meisterwerk auf einem Zigarrenkistendeckel an. Löcher bohrt sie nicht hinein. An ihrer Stelle klopft sie kleine Nägel in das Holz und spannt mit ihrer Hilfe die Fäden. Im übrigen geht sie wie Mariechen vor. Und ich kann euch verraten, daß das Täschchen sehr hübsch wird, so hübsch, daß das Kind beschließt, Mutti zum Geburtstag auch eines zu machen. Sie webt ein Stück, das so lang ist, das man es bequem zusammenlegen kann und auch noch ein kleiner Ueberschlag für die Klappe bleibt. An den Seiten wird es zusammengenäht. Die Klappe wird mit zwei Knöpfchen und angeschürzten Oesen geschlossen.

Nun Ursels Stirnband. Das braucht zwar nur schmal zu werden, muß aber dafür eine gewisse Länge haben, und das hat seine Schwierigkeit. Aber Ursel ist nicht dumm. Bruder Hans hat neulich ein langes Lineal verdorben, weil er mit dem Messer an der Strichfläche entlang gefahren ist und hineingeschnitten hat. Nun steht es neben dem Werkzeugkasten und harrt einer etwaigen Verwendung als Leiste. Ursel macht sich daran und kerbt das Lineal an den Schmalseiten ein. Kleine Kerben macht sie mit dem Taschenmesser, zehn oder zwölf an der Zahl. Mit ihrer Hilfe spannt sie ihre Kette und kommt zum Ziel, wie die Freundinnen.

Warum nahmen die kleinen Mädchen Baumwolle zur Kette und nicht auch einen schönen bunten Wollfaden? Die Wolle würde als Kettfaden nur halten, wenn sie sehr stark gedreht wäre. Und so stark gedrehte Wolle ist nicht vorhanden. — Was für Wolle wird zum Weben genommen? Sportwolle oder dicke Wolle, wie Mutter sie zum Häkeln von Vaters Schlafdecke gebraucht hat. Zephyrwolle ist wenig zu empfehlen, weil sie zu weich ist und neben einer geringen Haltbarkeit bei sorgfältigem Zusammenschieben der Fäden sehr unausgibig bleibt.

Einen kleinen Kummer hat Gustel während des Webens gehabt. Die Schußfäden waren wohl zu fest angezogen, und das Webstück zeigte Neigung, eine Taille zu bekommen, d. h. schmaler zu werden. Also, wenn ihr den kleinen Mädchen ihre Kunst nachmachen wollt, so achtet darauf, den Schußfaden recht lose, eventuell mit einer kleinen Schlaufe an den Seiten einzuziehen.

Und nun wißt ihr sicher alle, was ihr am Sonntagnachmittag, wenn es regnet, anfangen sollt!

Marie Elisabeth Thornow.

Kindlichkeit lebt auch im Mann

Wenn in jedem Mann ein Stück von einem Kinde lebt, so folgert daraus, daß die Frau, seine Frau, ihm ein Stück ihrer Mütterlichkeit schenken muß, wenn sie ihn glücklich machen will. Es stimmt nämlich nicht, daß jeder Mann jederzeit ungeheuer „männlich", d. h. selbstsicher, selbstbeherrscht, energiebewußt und zielstrebig ist. Auch ein Mann hat schwache Zeiten, fühlt Zwiespältigkeiten in sich, ist unzufrieden mit sich und unsicher und spürt das Bedürfnis, sich anlehnen zu können. Er ist eben nicht immer nur Mann, er ist in erster Linie und vor allem Mensch! Mensch mit Fehlern und Schwächen, großen und kleinen. Und seine Frau, seine vertraute Lebensgefährtin, kennt natürlich alle seine Untugenden und muß wissen, daß sie da, wo er zu versagen pflegt, eingreifen, besser gesagt: ergänzend wirken muß. Mit der Güte und Langmut einer Mutter, die immer wieder von neuem ausgleicht und Nachsicht übt.

In der Tat: es lebt ein gut Teil Kindlichkeit im Manne! Ist er in seinem Wesen nicht manchmal genau wie ein schlingelhafter Junge, der sich stundenlang spielerisch mit ganz Nußlosem beschäftigt? Wie oft entfalten junge Väter mehr Kinderübermut als ihre Jungens, und zuweilen kommt es vor, daß sie „wie aus dem Häuschen sind", richtig über die Stränge schlagen. Dann aber soll seine Frau ihn nicht verächtlich belächeln, sondern wissen, daß gerade in seiner Kindlichkeit, in seiner Unverbrauchtheit, sich zu freuen, eine besonders liebenswerte Seite seiner Wesensart liegt. Gerade ein kindlicher Mann ist seelisch viel zugänglicher als ein betont selbstbewußter, männlicher. Wenn alle Frauen nur wüßten, welch Glück in seinem Anlehnungsbedürfnis ruht! Es gäbe wohl keine zerrütteten Ehen mehr!

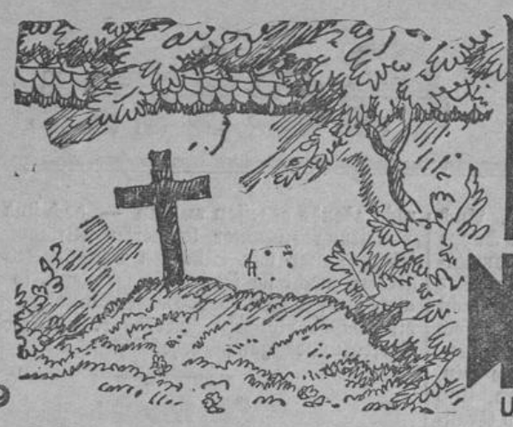
Frau Charlotte.

Michelangelo- und Tizian-Briefe werden versteigert!

Im Züricher Zunfthaus „Zur Meise" werden in Kürze Briefe von Michelangelo und Tizian zur Versteigerung gelangen. Die Briefe stammen aus dem Nachlaß von Fatio, der auch Autogramme vieler anderer Künstler der italienischen Geschichte enthielt.

Die erste Aluminium-Postkarte

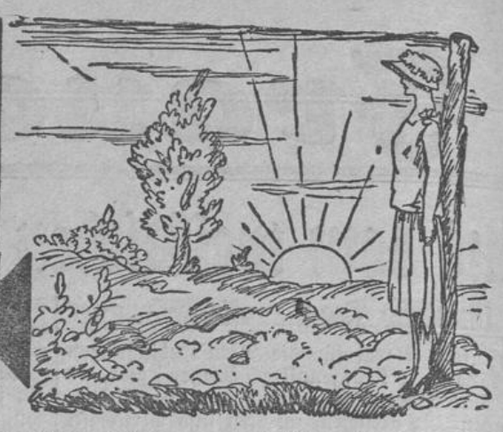
Bei der Post von Birmingham wurde dieser Tage eine postalische Neuerung — die erste Aluminium-Postkarte — aufgegeben. Es handelt sich um eine dünn ausgewalzte Folie, deren Herstellung außerordentlich billig sein soll. Aluminium-Postkarten eignen sich durch besondere Bearbeitung ausgezeichnet für Tinten- und Schreibmaschinenschrift, sind fast ebenso leicht wie Papier, rollen nicht und haben den Vorteil, daß sie niemals vergilben oder zerrissen werden können. Man darf auf die Erfolge der Erfindung gespannt sein.



MATA HARI

ROMAN VON ARNO FRANZ

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU · SA



9

„Ist England so stark?"

„Als Kriegsmacht nicht, aber es ist eine Nation und das schon seit fünfhundert Jahren. Der Deutsche ist Germane, der Franzose Romane, der Engländer aber ist nur Engländer! — Für ihn blutet Europa."

„Du sprichst hart, Lex."

„Nur wahr, Traute, nicht hart. Entnüchtert spreche ich, als Fremder, der unbeteiligt ist und doppelt scharf sieht. Bis noch vor Kurzem war es keinem von uns möglich, über Gründe, Ursachen und Zusammenhänge nachzudenken. Es ging zurück und vorwärts, hin und her. Jetzt herrscht Stillstand. Stellungskrieg, wie sie es nennen. Jetzt haben wir Zeit zum Denken und Lesen. Jetzt können wir uns Urteile bilden. Und mein Urteil geht dahin: Die treibende Kraft in diesem Kriege ist England. Es würde selbst noch hinter einem niedergebrochenen Frankreich stehen und ihm zurufen: Schieße, schieße! Und wenn euer niedergebrochenes Volk das nicht mehr können würde, würde es raunen: Wehr dich mit den Zähnen!"

„Du glaubst also nicht an die edlen Motive, die England einzugreifen veranlaßt haben, die es vorgibt, die es der Welt glauben machen will."

„Nein! Das Wort steht fest, das Churchill sprach: Der Krieg ist ein Geschäft, wie jedes andere auch."

„Wann hat er das gesagt?"

„Schon im August vorigen Jahres. Damit besiegte er der Briten letzte Bedenken. Ich will gerecht sein und zugeben, daß der einzelne Engländer unleugbare äußere und innere Vorzüge besitzt. Aber sobald es sich um den Staat als solchen handelt, um die Nation, um politisch-wirtschaftliche Dinge, verlieren für ihn sämtliche Regeln der Gesittung jegliche Geltung. „My country right or wrong" dokumentiert die staatsbürgerliche Disziplin und Anschauung, die er schon mit der Muttermilch zu trinken bekommt. Für ihn gibt es nur eine Religion, das ist die englische und die ist nur auf politisch-wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit gegründet, nur für die englisch-politischen Ziele geschaffen. Es gibt auch nur einen Gegenstand der Anbetung für ihn: sein Reich."

Marow machte eine Pause, dann fuhr er fort:

„Das alles ist vom Gesichtspunkte des Staatsbürgers und Staatsganzen aus gesehen, gut und richtig, vorausgesetzt, daß man für sich und sein Staatsganzes allein eintritt. Wenn man aber unter irgendeinem Deckmantel — in unserem Falle: Gerechtigkeit und Zivilisation — andere für sich sterben läßt, dann ist das unsittlich! Englands Gesicht ist Maske, sein Wort ist — — — nicht immer wahr. Ich werde verbittert, Traute, wenn ich mich so mißbraucht sehe. Laß uns von anderem reden."

Traute sah ihn mit leuchtenden Augen an, strich ihm liebkosend übers Haar und schlug dann einen Spaziergang durch den Bois de Boulogne vor.

Marow war gern einverstanden.

Im Mondschein wandelten sie zu zweien.

* * *

Am anderen Morgen beim Frühstück war Marow sehr traurig.

„Vom Himmel in die Hölle," sagte er leise und rührte mit dem kleinen goldenen Löffel in der blattdünnen Sevrestasse, „von hier in den Graben, aus dieser Kultur zu Ratten und Läusen, aus deiner Welt in die da draußen, wie ist das schwer!"

„Es soll ja bald zu Ende sein," tröstete ihn Traute, aber Marow schüttelte den Kopf.

„Man belügt euch und uns! Ich glaube, was ich sehe und weiß, was ich weiß."

„Was siehst du, Lex und was weißt du?"

Er lenkte ab und zeigte scherzend auf die Zeiger der antiken Standuhr neben der Kredenz. „Ich sehe, daß es neun ist und weiß, daß ich gehorchen muß. Die Trompeten blasen. Mein Glück geht schlafen."

„Aber meine Seele begleitet dich, Liebster und meine Gedanken sind immer bei dir."

Marow konnte nicht antworten.

Ein letztes stummes Umarmen, ein ungewolltes leises Schluchzen, ein letzter Kuß, dann ging er.

Kara fuhr ihn im Auto nach dem Gare de l'Este, von wo aus er nach der Front fuhr.

So war der Tag, gelebt im Paradies — vorbei.

10.

Sommerfrische!

Ruhe, Frieden, sprossendes Grün, mächtige Buchen, schweigende Fichten und uralte Eichen, Vogelsang und fröhliche Gesichter empfingen Marow vor Paroches.

Es ging denen gut, die hier waren. Sie hatten es sich bequem gemacht und litten keine Not.

Beim Regiments-Kommandeur hatte er sich gemeldet, war als verbündeter Russe, der zudem die Medaille trug, mit sehr viel Freundlichkeit empfangen und gut bewirtet worden.

Jetzt trottete er ein Stück weiter vor zum Bataillons-Kommandeur.

Der stille nachdenkliche Mann, der die Gestalt eines Kriegsgottes besaß, aber das Gesicht eines Geistlichen, paßte nicht recht zu denen vom Regiment.

Man sah ihn gern weitergehen.

Das gleiche war der Fall auf dem Bataillons-Kommando. Auch da war man froh, als der Rittmeister, der ihnen im Range gleichgeordnet war, um die Führung einer Kompagnie bat.

„Die Front steht," hatte der Kommandeur gesagt, „wir werden lange hier aufgehalten sein. Ich möchte zu bedenken geben, daß Sie da vorn wenig Annehmlichkeiten finden."

Aber Marow hatte sich nicht beirren lassen.

Nun war er am Orte seiner Bestimmung.

Die beiden Leutnants, von denen jeder einen Zug führte, standen stramm und meldeten.

Marow winkte ab.

„Das möchte ich nicht," sagte er. „Wir sind Soldaten, einer wie der andere. Wir wollen Kameradschaft halten, möglichst gute und unsere Pflicht tun. Alles andere überlassen wir dem Exerzierplatz."

Den Leutnants war das nicht unangenehm und allen, denen er zum Führer gesetzt war, war er genehm.

* * *

Wie schön sollte es werden hier draußen.

Die Leutnants hatten ein Gärtchen anlegen lassen, kaum größer als ein Zimmer. Er wollte Blumen hineinpflanzen und Blumen auch vor die Fenster des Unterstandes, wollte mit guten Büchern auf seine Leute wirken, ihnen die Einsamkeit verkürzen und sie vergessen lassen, daß sie einige hundert Meter vom Feinde lagen.

Gemütlich wollte er's machen, wie daheim, der liebe große Junge, der stundenlang in die Sterne sehen, stundenlang neben dem Posten im Graben stehen, zu seinen Leuten von der Zukunft reden und im Kreise seiner engeren Kameraden Pläne schmieden konnte, so anschaulich, daß man sie Wahrheit werden sah, der sich ein Weib ersehnte, eine liebe kluge Frau, die nicht viel sprach aber geheimnisvoll lächelte und nur gelbseidene bauschig weite Kleider trug, der Buben haben wollte und Mädels, ein Häuschen weit draußen im Grünen, wo niemand hinkam, und einen großen Garten, in welchem er mit seinen Kindern spielen konnte und in Hemdärmeln arbeiten.

Er war ein sonderbarer Mann und so ganz anders als sie.

Wie oft sahen sie ihm zu, wenn er mit dem Spaten hantierte, einen Strauch umsetzte als Deckung gegen Sicht, wenn er Wasser schöpfte oder etwas zurechtstellte, was seiner und ihrer Bequemlichkeit zu dienen bestimmt war.

Stand da nicht immer, wenn er „so für sich" war, schon jene liebe Frau im bauschigen Kleide neben ihm? Und spielten nicht Mädels und Buben, blauäugig und blond wie er, zu seinen Füßen?

Er hatte sie hierher gezaubert in diese Trostlosigkeit, die liebe lächelnde Frau. Nun ging sie ungesehen um und lebte körperlos mit ihnen.

* * *

Nach vierzehn Tagen war Marow abgelöst worden.

„Hütet mir mein Gärtchen, Jungens," hatte er gesagt, „und hütet, was in eure Hand gegeben!"

Damit war er gegangen.

Und als er nach sechs Tagen wiederkam, da fand er nichts mehr vor von dem, was er verlassen und in die Hut der Leute gelegt hatte.

Die Deutschen hatten gewütet und wüteten noch.

Tausende von Granaten hatten sie herübergeschleudert und Tausende schleuderten sie noch herüber.

Was hatten sie vor?

Wollten sie die Spitze von Mihiel noch weiter vortreiben, durchbrechen, umbiegen zum Halbkreis um Verdun, um diese Feste auch von der Südflanke zu fassen?

Wer wußte es!

Sie taten weiter ihr Vernichtungswerk und taten es mit ihrer ganzen Wucht und allen ihren Mitteln.

Die Wirkung war unerhört:

Einschlag an Einschlag, Loch an Loch, Trichter an Trichter, zerfurcht die Erde und aufgewühlt wie von Riesenhänden, die nach Schätzen suchten, besät mit erschreckendem, zerrissenem Eisen, mit Splittern, Stückchen, Stücken, Brocken, Klötzen, silbrig glänzenden, tiefschwarzen und von Schwefel gelb gefärbten! Mit Eisen von hunderttausend Granaten.

Wo war der Stein, der da schon lag, als noch der Bauer seine Furche zog? Wo war auch nur ein einzig ganzes Haus noch in Paroches? Wo nur ein Baum, der nicht entlaubt, dessen Aeste sich nicht kahl zum Himmel streckten!!

„Oede! Wüstenei! Unglaubhaft und unfaßbar dem, der sie nicht sah.

Das Grauen faßt kein Menschenherz, kein Menschenhirn!

Die Erde und die Luft und alles, was ist, schrie im gellenden Kreischen: Vernichtung, Untergang, Krieg.

Wie lange schon!

* * *

Es war am Morgen des fünften Tages.

Milchigweiß kroch die Sonne empor und die Nebelschleier schwanden.

Es war Ruhe — oder war nur Feuerpause?

Da sprang Marow in den Graben.

Graben? — Nein! Der war nicht mehr. Was einst ein Graben war, war eine Erdrinne.

Zwischen den Seinen hockte er nieder. Nur kurze Zeit. Nur zum verschnaufen. Dann kroch er sein Grabenstück ab.

Er hatte für jeden ein ermutigendes Wort und für jeden Zigaretten.

„Was wird das, Herr Rittmeister," fragte ein Unteroffizier.

„Was weiß ich, mein Lieber! Wenn sie drüben in zwei Stunden nicht wieder aufgedreht haben, schanzen wir. Wir müssen uns sichern."

Und sie drehten auf. Schlag halb neun!

Als ob die Erde bersten solle und der Himmel einstürzen, donnerte es los, aus der Ruhe heraus, mit einem Male, so unvermittelt, so urplötzlich, wie ein furchtbares Entsetzen, ein unerhörter Frevel am Frieden der Natur.

Vor und hinter ihnen krepierten die Geschosse, rechts und links schlug es ein, in den Lüften tanzten die Schrapnells.

Haubitzen fauchten ihren Eisenhagel über die Köpfe hin und zwischen die Menschen hinein, und die Mörser mit ihren Einundzwanzigern donnerten dazwischen.

Auf dem ganzen Abschnitt knallten die Feldkanonen.

Hall und Widerhall!

Ein grausiges Dröhnen, Stöhnen, Schreien, Lachen, Kreischen.

Wahnsinn!

Qualm vom tiefsten Dunkel zum lichtesten Hell, in Streifen, Schwaden und Fetzen, walzte sich über die Gräben.

Es war, als breite ein gütiger Gott einen Schleier über das Chaos.

Der Tod schritt in weitem Gewande, und unter seinem Tritte erbebte die Erde.

Die Soldaten — wo sie saßen, blieben sie sitzen. Teilnahmslos, gleichgültig — wie Schemen.

Einer formte Kugeln aus Lehm und zerdrückte sie zwischen den Fingern. Ein anderer stocherte mit einem Hölzchen in der Erde. Ein dritter wog ein Sprengstück auf der Hand. Ein vierter rückte am Koppel, und ein fünfter fraß im blöden Hinstieren den zerkeltschten Stumpel seiner Zigarre.

Alle taten sie etwas, und alle wußten sie nicht, was sie taten. Nur das tat keiner, was die in schönen Skizzen behaupten, die nie die Hölle um sich sahen — denken!

Das war ausgeschaltet, restlos ausgelöscht!

Plötzlich hob der Rittmeister den Kopf. Seine Züge strafften sich. Er lauschte.

„Was — ist — das," sagte er stockend und seine Frage war mehr ein Ausruf des Schreckens.

„Was meinen Sie, Herr Rittmeister?"

„Hören sie nicht? — Flügelfeuer! Immer gleichmäßig von links nach rechts: Bum — bum — bum — bum."

Sie hörten es und hörten es stundenlang.

Plötzlich war es still. Abgerissen! Aus!

„Handgranaten bereitlegen," schrie Marow und seine Worte liefen den Graben entlang.

Sie reizten auf, schmetterten nieder, machten Hoffnung und Angst. Je nachdem. Aber sie lösten die Starre und weckten das Bewußtsein. Jetzt warteten sie nicht mehr. Jetzt erwarteten sie.

Doch den sie erwarteten, der kam nicht. Die Deutschen traten zum Sturme nicht an. Noch nicht! Hatten nur die Maschine abgestellt.

Kein Laut mehr. Still war es, grabesstill, niederdrückend und beängstigend und von jedem empfunden, weil die Sinne nicht mehr zerhämmert waren.

Es war, als ob ihnen die Ruhe zuflüsterte:

„Jetzt! — Jetzt! — Gebt acht! Etwas Furchtbares muß kommen; die Erde gerät ins Gleiten, faust und zerschmettert im All."

Es getraute sich keiner zu reden.

Da faßte sich der Leutnant ein Herz und fragte: „Was kommt nun, Herr Rittmeister?"

Und der sagte: „Wenn sie verfahren wie jüngst bei Reims: ein kurzes Trommeln, ein ruckartiges Feuerverlegen nach hinten, das Aufflattern der Minen und entweder — Sieg oder Tod."

Da war der Leutnant still und keiner fragte mehr.

* * *

Wie Marow es gesagt hatte, so war es gekommen.

Er hatte das Ende nicht gesehen.

Er lag still auf dem Rücken, noch bevor der Sturmangriff abgewiesen und die Nacht heraufgedämmert war.

* * *

Der Tag hatte Opfer gekostet. Der Tod hatte geerntet. Er hatte genommen, was er bekommen und hatte nicht gefragt, welchen Glaubens sie waren noch welcher Nation sie angehörten.

Da sie Menschen waren, waren sie ihm alle gleich. Nur die ihm zuviel waren, hatte er den Aerzten überlassen.

Auf den Verbandsplätzen, die an der Straße Paroches—Bar le Duc errichtet waren, lagen und standen sie herum zu Hunderten, die Verschmähten, mit ihren Wunden und Schmerzen, harrend der Hilfe und der Erlösung.

Was für Bilder!

Da einer mit dem Verband um Stirn und Augen, sonst bedeckt mit Schmutz und einer Kruste geronnenen Blutes. Dort einer mit einer Hand, an der die Finger fehlten. Wieder einer ohne Fuß. Ein anderer mit verbundenem Arm, aus dessen Ellbogen das Blut tropft, die Seite hinunter, in die Stiefel hinein. Ein fünfter mit zerschlagener Kinnlade, die herunterklappte, wenn die entkräftete Hand sie nicht mehr zu halten vermochte und noch andere, viele, viele einst lebensfrohe junge Männer.

Und dann kamen andere im Dämmerschein.

Schweigend schritten sie daher, fünf Mann, von denen vier geschultert eine Bahre trugen.

Darauf lag ihr stummer Freund, der ihr Führer war.

Und der hieß: Marow.

Aus dem Feuer heraus hatten sie ihn geschleppt, hierher gebracht, um ihm ein Grab zu graben unter frischem Grün und inmitten blühenden Lebens, wenn da nichts mehr zu retten sein sollte.

Wie ein Zug altfranzösischer Krieger aus Galliens großen Tagen sah es aus, als sie im Mondschein durch die Nacht gezogen kamen mit ihrem erschlagenen Helden.

* * *

Nach einer Stunde!

Befund des Arztes:

„Stirne zerschlagen. Auge entzwei. Lebt noch. Kann gerettet werden. Merci, Kameraden!"

Zu mehr ist im Kriege nicht Zeit.

11.

Wenige Tage später erhielt Mata Hari einen Brief.

Der Umschlag trug den Stempel: Feldlazarett Vittel.

Die Adresse stammte von einer ihr unbekannten Hand. Die großen, steilen, energischen Schriftzüge erinnerten an die ihrigen.

Sie öffnete ihn und las:

„Verehrte gnädige Frau!

Ich schreibe Ihnen im Auftrage des Herrn Rittmeisters Marow, der vor kurzem hier als Verwundeter eingeliefert wurde. Er bittet, wenn es Ihnen möglich ist, um Ihren Besuch.

Dieser Bitte schließt sich an

Schwester Josepha."

Mata saß schweigend. Der Brief zitterte merklich in ihrer Hand. Ueber den großen schwarzen Augen lag der langen Wimpern dunkler Schatten.

Für Sekunden nur hatte sie sich verloren. Dann klingelte sie Kara.

„Den Wagen bitte! Ich muß ausfahren. Nach dem Kriegsministerium."

„Was ist Euch, Herrin," fragte der Inder, dem plötzliche Entschlüsse seiner Herrin unbekannt waren.

Sie war ungeduldig. Da sie aber sein ernstbesorgtes Gesicht sah, sagte sie: „Herr Rittmeister Marow ist verwundet."

„Die Götter strafen das Unrecht und die Gerechten leiden mit den Ungerechten."

„Kara — —!" verwies sie ihn.